

Arbeit & Wirtschaft

A photograph of two hands, one with orange nail polish, holding a green plant branch with many leaves. The hands are positioned in the center of the frame, with the plant extending upwards and outwards. The background is a plain, light blue-grey color.

Gemeinsam bewegen

Klimaschutz und Arbeitsplätze: Auf dem Weg zum sozial-ökologischen Umbau wird die Klimabewegung für Gewerkschaften zum zentralen Bündnispartner.

Weg mit der Angstmache / 12

Reinhold Binder im Interview
zu Klimaschutz als Klassenkampf

Gemeinschaft unter der Sonne / 26

Stanz im Mürztal will vom Strom-
markt unabhängig werden

#6



IRENE STEINDL CHEFIN VOM DIENST
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
SILKE MÜLLER ILLUSTRATIONEN
FLORIAN PRAXMARER LEKTORAT
GERHARD AMANN STILISTISCHES LEKTORAT
SONJA ADLER ADMINISTRATION
VANESSA KOVAR REDAKTIONSSASSISTENZ

Mitarbeiter:innen dieser Ausgabe

Christian Bunke, Sophia T. Fielhauer-Resei,
 Sandra Gloning, Johannes Greß, Susanne Haslinger,
 Helga Kromp-Kolb, Robert Misik, Brigitte Pellar,
 Jakob Rammer, Martin Reiter, Christian Resei,
 Alexandra Rotter, Udo Seelhofer, Michael Soder,
 Alexia Weiss

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Themenkomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

Herausgeber:innen

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Österreichischer Gewerkschaftsbund
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaberin

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Tel.: +43 1 501 65-0
 akmailbox@akwien.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
 7201 Neudörfel, Biokfordstraße 21

Verlagsort Wien**Herstellungsort** Neudörfel**Abonnementverwaltung und Adressänderung**

Lukas Huemerlehner
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
 Einzelnummer: € 2,50 (inkl. Mwst.)
 Jahresabonnement Inland € 20,- (inkl. Mwst.)
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto
 Für Lehrlinge, Student:innen und Pensionist:innen
 ermäßigtes Jahresabonnement € 10,- (inkl. Mwst.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, §25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeberin. Jeder Autor:in trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter:innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Hinter den Kulissen



Für unsere Geschichte „Bitte einsteigen!“ recherchierte **Christian Bunke** vor Ort beim Klimastreik zur EU-Wahl. Dort sprach er unter anderem mit **Dominik Kölbl** von „System Change not Climate Change“. Zu lesen **ab Seite 38**.



Katharina Mader ist einfach ein Sonnenschein – obwohl ihre Themen alles andere als rosig sind. **Udo Seelhofer** führte mit der Ökonomin vom Momentum-Institut ein launiges Interview über klimagerechte Jobs der Zukunft. Sehr lesenswert! **Ab Seite 30**.

Der große Umbau



IRENE STEINDL
CHEFIN VOM DIENST

Ich war vier Jahre alt, als in Hainburg österreichische Umweltgeschichte geschrieben wurde. Im Dezember 1984 versammelten sich Tausende Aktivist:innen in der Stopfenreuther Au, um gegen den Bau des Donaukraftwerks zu protestieren. Sie bauten Zelte auf, entzündeten Lagerfeuer, ketteten sich an Bäumen fest und blockierten die Bagger. Die Atmosphäre war angespannt, die Fronten waren verhärtet: auf der einen Seite die Gewerkschaften, die sichere Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Fortschritt im Bau des Donaukraftwerks sahen, auf der anderen Seite die Umweltbewegung, die vor den ökologischen Folgen warnte. Sie sahen das Kraftwerk als Bedrohung für die Biodiversität und als Symbol für die Ausbeutung der Natur.

Letztlich ließ die Regierung die Rodungsarbeiten abbrechen, das Donaukraftwerk wurde nicht gebaut. Der Konflikt blieb jedoch jahrelang bestehen: Arbeitsplätze *versus* Klimaschutz.

40 Jahre später arbeiten Gewerkschaften und Klimaschützer:innen Hand in Hand. Was einst als Widerspruch galt, ist nun Notwendigkeit: Beide Bewegungen haben erkannt, dass sie nur gemeinsam erfolgreich sein können. Klimaschutzorganisationen wie „Fridays for Future“ oder „System Change not Climate Change“ setzen sich nun mit Gewerkschaften für den Ausbau des Schienenverkehrs ein, für bessere Arbeitsbedingungen von Busfahrer:innen oder für ein klimafittes Arbeitsrecht. Das damalige Feindbild ist einer gemeinsamen Vision gewichen: eine gerechte und nachhaltige Zukunft, in der Mensch und Natur im Einklang leben können.

In dieser Ausgabe haben wir Ihnen einen bunten Themenstrauß rund um den sozial-ökologischen Umbau zusammengestellt: Wo tragen Bündnisse aus Klimabewegung und Gewerkschaften bereits Früchte? Was hat Klimaschutz mit Klassenkampf zu tun? Wie wirken sich Extremwetter auf den Arbeitsalltag aus? Wo stehen Betriebe in der sozial-ökologischen Transformation, und wie können Betriebsräte den Umbau mitgestalten?

Apropos Umbau: Hiermit verabschiede ich mich von Ihnen und übergebe das Zepter an meine Nachfolger:innen, die Sie in der September-Ausgabe kennenlernen werden.

Ich wünsche Ihnen schöne Sommertage und einen kühlen Kopf in hitzigen Zeiten! ▸



Inhalt

ROT-GRÜNE KÄMPFE

06 Klimaschutz oder Arbeitsplätze? Um den ökologischen Umbau der Wirtschaft sozial verträglich zu gestalten, schmieden Klima- und Gewerkschaftsbewegung zuletzt immer mehr Bündnisse.

WENN DER LICHTBOGEN GLÜHT

16 Das voestalpine-Werk Donawitz steht vor einer großen Herausforderung: Stahl muss bis 2050 klimaneutral produziert werden. Deshalb entwickelt das Unternehmen neue Stahlgewinnungsverfahren.

ARBEITEN AM SIEDEPUNKT

34 Steigende Temperaturen machen den Arbeitsalltag für viele Berufsgruppen zur Hölle. Nicht nur am Bau. Abhilfe versprechen klare gesetzliche Regelungen, um Arbeitsplätze klimafit zu gestalten.

Warum ist es zu spät für Pessimismus?	11
Die große Frage beantwortet Helga Kromp-Kolb	
Weg mit der Angstmache	12
Reinhold Binder im Interview zu Klimaschutz als Klassenkampf	
Wer zahlt den Preis?	20
Wie die Klimakrise soziale Ungleichheiten verschärft	
Wie kommt das Soziale ins Ökologische?	23
Die Umgestaltung der Industrie ist auch eine Verteilungsfrage	
Klima der Gerechtigkeit	24
Die größten Klimasünder:innen sind superreich	
Gemeinschaft unter der Sonne	26
Zu Besuch in der Energiegemeinschaft Stanzertal	
Diese Berufe brauchen wir	30
Katharina Mader im Interview über relevante Jobs	
Die Industriepolitik ist zurück!	33
Wie eine grüne Industriepolitik den Wohlstand befeuert	
Was beschäftigt euch gerade?	37
Drei Betriebsratsmitglieder in den Blitzlichtern	
Bitte einsteigen!	38
Klimabewegung und Busfahrer:innen fahren gemeinsam	
Klimaschutz in Städten und Gemeinden	41
Eine Analyse aus dem A&W-Blog	
Grüne Rebellen	42
Kohlearbeiter in Kolumbien als Pioniere der grünen Wende	
Gemeinschaftsgeist und roter Rauch	45
Große Umbrüche in der schwedischen Stahlstadt Hofors	
Klimaschutz oder Arbeitsplätze? Beides!	46
Das letzte Wort hat Martin Reiter	





Arbeit&Wirtschaft

Abendpost

Hoch die Beine und mal kurz den Ablenkungen und Pflichten des Alltags entfliehen: Die Arbeit&Wirtschaft Abendpost versorgt Sie immer mittwochs mit Informationen und Empfehlungen zu den aktuellsten Beiträgen unserer Online-Ausgabe.

Wie Sie dazu kommen?

Einfach zu unserem Newsletter anmelden!

www.arbeit-wirtschaft.at/abendpost

f X @ /AundWMagazin

www.arbeit-wirtschaft.at

Rot-grüne Kämpfe

Klimaschutz oder Arbeitsplätze? Um den ökologischen Umbau der Wirtschaft sozial verträglich zu gestalten, haben Klima- und Gewerkschaftsbewegung zuletzt immer mehr Bündnisse geschmiedet.

TEXT JOHANNES GRESS



Vor dem BMW-Werk in Steyr werden sogar die Parkplätze schon knapp. Mit 4.700 Arbeitenden kratzt der Standort an der Maximalauslastung. Das Unternehmen verzeichnete zuletzt Rekordumsätze, 8,9 Milliarden Euro waren es im vergangenen Jahr, um 17 Prozent mehr als 2022. Eigentlich sollten bei BMW die Sektkorken knallen. Doch Arbeiter-Betriebsratschef Andreas Brich spricht von einer grundlegenden Anspannung in der Branche. Vor Brich, BMW sowie der Automobilbranche insgesamt liegen herausfordernde Zeiten. Das Nachrichtenmagazin „profil“ berichtete unlängst von einer bevorstehenden „Jahrhundertentscheidung“, der Branche stehe „die größte Transformation in der Geschichte des Kraftfahrzeugs“ ins Haus: Verbrenner versus E-Auto.

Klimaschutz versus und Arbeitsplätze

Damit Österreich seine Klimaziele erreicht, ist eine Transformation dringend nötig. In den Sektoren Verkehr und Industrie wurden in den vergangenen 30 Jahren klimapolitisch kaum Fortschritte erzielt. In der besonders energieintensiven Fahrzeugindustrie, sprich bei Unternehmen wie BMW, KTM oder Magna, sorgt das für Ungemach: Eine Begrünung der Branche drohe Arbeitsplätze zu vernichten. Laut WKO-Fachverband sind 2023 fast 40.000 Menschen direkt in der Fahrzeugindustrie beschäftigt, davon wird laut einer Studie von Fraunhofer Austria Research aus dem Jahr 2022 in gut zehn Jahren noch ein Drittel übrig bleiben. Für Zulieferbetriebe und die vor- und nachgelagerte Produktion sind ähnliche Entwicklungen zu erwarten – ein Rattenschwanz. Unter Beschäftigten verursacht das nachvollziehbarerweise Ängste und Verunsicherung.

Längst wurde öffentlich nicht nur das Duell „Verbrenner versus E-Auto“ ausgerufen, sondern auch das um „Klimaschutz versus Arbeitsplätze“. Als dritter Pol in der Debatte etablierte sich die Idee vom „sozial-ökologischen Umbau“: Klimaschutz und Arbeitsplätze, Ökologisches und Soziales sollten nicht als Widerspruch, sondern als Teil desselben Kampfes betrachtet werden. Auf dem Weg zum „sozial-ökologischen Umbau“ wird die Klimabewegung

Die BMW Group produziert heute weltweit

Quelle: BMW Group



Die Automobilbranche steht vor der größten Transformation in ihrer Geschichte. BMW-Betriebsrat Andreas Brich zeigt sich besorgt: Der laufende Anpassungsdruck mache den Arbeiter:innen zu schaffen.

für Gewerkschaften zum zentralen Bündnispartner – ein historisch nicht immer reibungsloses Bündnis, aber eines, das in den vergangenen Jahren Früchte getragen hat.

Unsichere Zukunft

„Sozial-ökologischer Umbau“ ist ein abstraktes Wort. In Steyr lässt sich hautnah beobachten, was das für ein Unternehmen und die Beschäftigten bedeutet: Noch 2019 produzierte BMW in Steyr 1,2 Millionen Verbrenner und investierte 102 Millionen Euro in die Produktion von 4- und 6-Zylinder-Benzinmotoren. Nun soll der Standort zum Kompetenzzentrum für Elektroantriebe werden, bis 2030 will der bayerische Kfz-Hersteller eine Milliarde Euro investieren. Bis zu 600.000 E-Motoren sollen jährlich vom Band rollen. Und dennoch: Ob dem Elektromotor bei BMW die Zukunft gehört, ist keineswegs ausgemacht, bis heute produziert die BMW Group weltweit zu rund 80 Prozent Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren. Auch unter den Beschäftigten ist die Entwicklung umstritten. Viele Faktoren spielen eine Rolle: Wie entwickelt sich der Weltmarkt? Was macht China? Was entscheidet das BMW-Management in Deutschland? Welchen Weg schlägt die EU ein?

Generell, so Brich, sei man bei BMW gut aufgestellt und zähle auf beiden Schienen zu den Marktführern. Sorgen bereite ihm und seinen Kolleg:innen vielmehr der laufende Anpassungsdruck. „Transformation bedeutet nicht: ‚Wir produzieren jetzt Verbrenner, dann hören wir damit auf, und dann machen wir mit E-Motoren weiter‘“, gibt Brich zu bedenken. Da das medial ausgerufene Duell zwischen Verbrenner und Elektromobilität längst nicht entschie-



Fortschritte in der Dekarbonisierung seien bisher dort gemacht worden, wo sich Unternehmen Profite versprechen, kritisiert AK-Klimaexperte Lukas Oberndorfer.

den ist, laufen beide Prozesse parallel ab. Brich spricht von einer „Doppelbelastung aus Lernstress und Veränderung“, Arbeiter:innen müssten sich buchstäblich am laufenden Band fortbilden. In den letzten Jahren hätten viele von ihnen wieder die Schulbank gedrückt und „massive Umqualifizierungsprogramme“ absolviert. Ob sich das im Einzelfall auszahlt, kann niemand mit Gewissheit sagen.

E-Mobilität – nur ein Teil der Lösung

Die Umstellung auf Elektromobilität kann in sozialer wie in ökologischer Hinsicht bestenfalls ein Teil der Lösung sein. Einerseits besteht ein Verbrennungsmotor je nach Modell aus rund 2.000 Teilen, ein Elektromotor aus etwa 200. Sprich: Für Letzteren sind deutlich weniger Arbeitsschritte, ergo weniger Arbeiter:innen nötig – nicht alle, die heute an Verbrennungsmotoren schrauben, werden zukünftig E-Autos produzieren können. Sollte sich langfristig der E-Motor durchsetzen, „wird sich das derzeitige Beschäftigungsniveau wohl nicht halten lassen“, glaubt Brich. Viele seiner Kolleg:innen bekommen die Auswirkungen der Inflation massiv zu spüren, haben Familien gegründet, Häuser gebaut und dafür Kredite aufgenommen, deren Zinsen teils stark gestiegen sind – das Gespenst vom Wohlstandsverlust hat viele Gesichter. „Als Betriebsräte sind wir ganz wichtige Ansprechpartner.“

Andererseits macht eine Antriebswende noch keine Mobilitätswende. Dem Klima ist kaum geholfen, wenn wir künftig alle unsere Wege elektrisch statt mit Diesel oder Benzin zurücklegen. Auch Stromer verursachen Emissionen – in der Herstellung sogar mehr als ein Benziner oder Diesel. Elektrofahrzeuge machen ökologisch dort am meisten Sinn, wo keine Alternativen bestehen: für Blaulichtfahrzeuge, Transporte oder Handwerksbetriebe.

„Eine echte Mobilitätswende bedeutet: weg vom Individualverkehr, hin zu mehr öffentlichem Verkehr“, betont Lukas Oberndorfer. Der Leiter der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr der Arbeiterkammer Wien spricht einen wunden Punkt an. Fortschrit-

te in der Dekarbonisierung seien bisher dort gemacht worden, wo sich Unternehmen Profite versprechen. Autoproduzenten würden auf Elektromobilität setzen, seitdem diese staatliche bezuschusst werde bzw. für Konsument:innen zur attraktiven Alternative geworden sei. Gute Arbeitsbedingungen und ökologische Nachhaltigkeit hätten gegenüber Profitinteressen häufig das Nachsehen.

„Transformation bedeutet nicht: Wir produzieren jetzt Verbrenner, dann hören wir damit auf, und dann machen wir mit E-Motoren weiter.“

Andreas Brich,
Arbeiterbetriebsrat bei BMW Steyr

Offene Technologien, offene Fragen

Wirtschaftsverbände, Unternehmen und liberale wie rechte Politiker:innen haben in der Frage des ökologischen Umbaus zuletzt lautstark „Technologieoffenheit“ gefordert. Die Kräfte des Marktes wie das Zusammenspiel aus Angebot und Nachfrage sollen technologische Innovationen fördern, die den Weg in eine klimafreundliche Zukunft weisen. Zugespitzt ließe sich „Technologieoffenheit“ auch so übersetzen: Da der Markt immer noch am besten wisse, was gut für die Menschheit sei, solle sich der Staat raushalten.

Doch selbst Branchenriesen wie Volkswagen zweifeln aktuell vermehrt am grünen Daumen der unsichtbaren Hand des Marktes. Konzernvorstand Oliver Blume forderte im Wirtschaftsmagazin „Capital“, die Politik möge endlich klare Linien vorgeben. Um Investitionen tätigen zu können, würden Unternehmen Planungssi-



cherheit brauchen – „Technologieoffenheit“ impliziere jedoch, dass auf einen solchen Plan bewusst verzichtet werde. Auch der Chef von BMW Steyr, Klaus von Moltke, merkte in einem Interview mit den „Salzburger Nachrichten“ Anfang des Jahres an: „Niemand kann heute sagen, wie es mit dem Hochlauf der E-Mobilität genau weitergehen wird.“

„Da ist kein Plan, kein Ansatz von Industriepolitik erkennbar, das ist einfach nur ‚munter drauf los, freier Wettbewerb‘“, kritisiert BMW-Betriebsrat Brich, der als Bezirksvorsitzender der PRO-GE die Situation in der Branche mit Sorge betrachtet. Keinen Plan zu haben sei letztlich das Schädlichste für alle Beschäftigten. „Dieses freie Spiel der Kräfte würden wir alle verlieren.“

AK-Experte Oberndorfer fordert eine „aktive Wirtschaftspolitik“, die klima- und umweltpolitische Anliegen nötigenfalls „gegen Profitinteressen durchsetzt“. Die Klimaziele auf nationaler und EU-Ebene seien durchaus ambitioniert, so Oberndorfer. Was fehle, sei ein klarer Weg dorthin. Als Beispiel nennt er den Ausbau des europäischen Schienennetzes. Um die dafür notwendigen Gleise zu verlegen, Tunnel zu bohren, Züge zu produzieren, Signaltechniken zu entwickeln und Lokführer:innen auszubilden, brauche es eine Abkehr vom „wirtschaftsliberalen Paradigma“, vom Glauben, der Markt werde es schon richten. Eine „aktive Wirtschaftspolitik“ im

„In der Klimabewegung hat sich ein Bewusstsein dafür entwickelt, dass die Klimakrise eine soziale Krise ist.“

Teresa Tausch, „Fridays for Future“

Sinne einer sozial-ökologischen Planung bedeute, von der Zukunft aus ins Jetzt zu blicken: Welche politischen Schritte braucht es heute, um die Klimaziele 2030, 2040 oder 2050 zu erreichen?

Nicht immer ganz grün

Politik wird nicht nur im Nationalrat gemacht. Regierungsprogramme, Gesetze oder Wirtschaftspolitik werden unter dem Einfluss vieler Akteur:innen geformt, etwa durch die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft.

In der Vergangenheit pflegte die Arbeiter:innen- und Gewerkschaftsbewegung ein ambivalentes Verhältnis zur Umweltpolitik. Einerseits verknüpfte die Arbeiter:innenbewegung seit ihren Anfängen umwelt- und sozialpolitische Anliegen, indem sie etwa den Erholungswert von (für Arbeiter:innen frei zugänglicher) Natur in den Fokus rückte. Andererseits stellten sich österreichische Gewerkschaften im Laufe des 20. Jahrhunderts – mit dem Argument, Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum hätten Vorrang – immer wieder gegen umweltpolitische Forderungen. Trauriger Höhepunkt war die Drohung der ÖGB-Führung im Jahr 1984, das Protestcamp gegen das Kraftwerk Hainburg mit den eigenen Leuten räumen zu wollen, sollte sich die Polizei weigern. Über Jahrzehnte begegneten sich beide Bewegungen mit Skepsis.

Heute, 40 Jahre nach „Hainburg“, ist die Welt eine andere: Seit dem Aufkommen von „Fridays for Future“ (FFF) 2018 nähern sich Gewerkschaften und Klimabewegung einander wieder an. „Auch in der Klimabewegung hat sich ein Bewusstsein dafür entwickelt, dass die Klimakrise eine soziale Krise ist“, sagt FFF-Aktivistin Teresa Tausch im Gespräch mit A&W. Da öffentlich häufig ein anderes Bild vermittelt werde, wolle man „konkret“ zeigen, dass die Anliegen von Gewerkschafts- und Klimabewegung zueinander nicht im Widerspruch stehen müssen. Daraus entstand unter anderem die Kampagne „Wir fahren gemeinsam“, ein Bündnis aus Klimabewegung und der Gewerkschaft vida. Gemeinsam versuchen sie, ökologische und

„Im Gespräch mit Betriebsrät:innen und Beschäftigten stellte sich heraus, dass die Interessen gar nicht so unähnlich sind“, sagt Teresa Tausch von „Fridays for Future“.



soziale Anliegen zu verbinden, gemeinsam kämpfen sie für bessere Arbeitsbedingungen für Busfahrer:innen – und eine klimaverträglichere Mobilität. Nicht zuletzt profitieren von günstigem öffentlichem Verkehr besonders einkommensschwächere Menschen. „Wir fahren gemeinsam“ ist ein Versuch, das Wortungetüm „sozial-ökologischer Umbau“ vom Abstrakten ins Konkrete zu übersetzen.

Soll nicht nur eine Antriebs-, sondern eine Mobilitätswende gelingen, braucht es nicht nur mehr Busse, sondern auch mehr Menschen, die diese lenken. Doch die Arbeitsbedingungen in der Branche sind teils verheerend, Schichten dauern länger als zwölf Stunden, es werden keine Nacht- oder Sonntagszuschläge bezahlt, und häufig fehlt es an Grundlegendem wie dem Zugang zu Toiletten. Wenig verwunderlich ist der Personalmangel eklatant. Studien für Deutschland zeigen, dass die Nachfrage nach Personal im öffentlichen Verkehr so groß ist, dass sie den drohenden Verlust in der Automobilindustrie aufwiegen würde. Ein ähnliches Potenzial lässt sich für Österreich vermuten.

Ganz Österreich steht still ...

In der Zusammenarbeit konnten auch Vorurteile abgebaut werden, beobachtet Tausch. „Im Gespräch mit Betriebsrät:innen und Beschäftigten stellte sich heraus, dass die Interessen gar nicht so unähnlich sind.“ Während Betriebsrät:innen betriebliches Wissen einbringen können und die Anliegen der Lohnabhängigen genauestens kennen, versuchen Tausch und ihre Kolleg:innen, mit Wissen über die Klimakrise und „mit aktivistischen Tools“ zu unterstützen. Ein zentrales Anliegen der Kampagne besteht darin, Busfahrer:innen zu „politisieren“, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, „dass ganz Österreich stillsteht, wenn ihr eure Arbeit niederlegt“, wie Tausch es formuliert. Diese wirtschaftliche Macht gelte es zu erkennen – und zu nutzen.

Vergleichbares lässt sich über die Automobilindustrie sagen: Kaum eine Branche in Österreich ist gewerkschaftlich so gut or-

ganisiert, das Qualifikationsniveau der Beschäftigten ist – auch im internationalen Vergleich – außerordentlich hoch. Die Macht der Lohnabhängigen, über ihre Zukunft mitzubestimmen, ist in wenigen Branchen so groß wie in der Kfz-Produktion.

In den vergangenen Jahren entstanden im In- und Ausland zahlreiche vergleichbare Kooperationen zwischen Arbeiter:innen und Klimaaktivist:innen, etwa das Bündnis „Menschen und Klima schützen statt Profite“, das sich für bessere Arbeitsbedingungen am Bau einsetzt, oder Klimaaktivist:innen, die im November 2022 den Eisenbahner:innenstreik unterstützten. Im April 2023 verbarrikierten sich Gewerkschafter:innen, Betriebsrät:innen, Wissenschaftler:innen und Klimaaktivist:innen drei Tage lang in den Räumlichkeiten der Arbeiterkammer Wien, um über eine soziale und ökologische Zukunft zu diskutieren. Daraus entstanden viele persönliche Kontakte und in der Folge politische Initiativen.

Ihre institutionelle Verankerung fand die Kooperation zwischen Klimabewegung und Gewerkschaft in der Gründung des ÖGB-Klimabüros vor rund einem Jahr. Das Klimabüro versteht sich als „Schnittstelle zwischen Gewerkschaft, Beschäftigten und Klimapolitik“, so Büroleiter Martin Reiter. Ziel ist es, den sozial-ökologischen Umbau „anschaulich zu machen“. Reiter und seine Kolleg:innen sammeln Best-Practice-Beispiele, die sie in Vorträgen, Seminaren und Workshops weitervermitteln. Angesichts der Größe der Herausforderung „müssen die Leute wissen, was möglich ist und was funktioniert“, so Reiter. Fehlen konkrete Instrumente und Beispiele, „fühlt man sich sehr schnell überwältigt“.

Reiter nennt etwa ein Unternehmen, das auf Initiative von Betriebsrät:innen Photovoltaik-Zellen auf dem Firmendach errichtete, damit Mitarbeiter:innen ihre E-Autos günstig aufladen können, oder Betriebsrät:innen, die eine bessere Anbindung ihres Betriebs an den öffentlichen Verkehr durchsetzten – Initiativen, die die Welt nicht auf den Kopf stellen, aber die im Kleinen zeigen, was im Großen möglich ist. ▀

Warum ist es zu spät für Pessimismus?

Wir haben zu lange zugewartet. Angesichts zunehmender Extremwetterereignisse breitet sich nun Pessimismus aus: Der Klimawandel sei nicht mehr zu stoppen! Aber Pessimismus lähmt. Was jetzt gebraucht wird, ist rasches, entschlossenes Handeln. So könnte das Schlimmste, ein nicht mehr stabilisierbares Klima und die daraus entstehenden sozialen Unruhen und Kriege, möglicherweise noch verhindert werden. Noch wichtiger ist es zu kommunizieren, dass Klimaschutz der Türöffner für sehr viele andere, längst fällige Reformen bzw. Kehrtwenden sein könnte. Das Energie-, das Produkti-

ons-, das Mobilitäts-, das Wirtschafts-, das Finanz-, das Gesundheits- und das Bildungssystem: Sie alle weisen grobe Defizite auf.

Erfreulicherweise tragen erneuerbare Energien, haltbare und reparierbare Produkte, aktive Mobilität, Kreislaufwirtschaft, Geld als Tauschmittel statt als Ware sowie gesunde, kreative Menschen auch zum Klimaschutz bei. Wir sollten uns darauf verständigen, was Lebensqualität ausmacht und was wir aus unserer derzeitigen Welt beibehalten und was wir loslassen wollen. Dann sollten wir zügig zur Umsetzung schreiten.



HELGA KROMP-KOLB

PROFESSORIN FÜR METEOROLOGIE UND KLIMATOLOGIE
AN DER UNIVERSITÄT FÜR BODENKULTUR

Weg mit der Angstmache

Reinhold Binder, Vorsitzender der Produktionsgewerkschaft PRO-GE, über Klimaschutz als Klassenkampf und die absurden Kulturkriege um Auto, Motor und Energiepolitik.

INTERVIEW ROBERT MISIK

Die Digitalisierung revolutioniert die Produktion und verändert grundlegend, wie Waren hergestellt werden. Vor allem durch fortschreitende Automatisierung, künstliche Intelligenz und vernetzte Produktionsanlagen werden Prozesse optimiert. Doch das Versprechen von Produktivitätssteigerungen durch Technologie dürfe den Blick auf das Wesentliche nicht verstellen, warnte Reinhold Binder kürzlich in einem Gastkommentar. Es gehe bei dieser rasanten Transformation auch um die Herausforderungen für diejenigen, die direkt an den Fertigungsprozessen beteiligt sind. Im Interview haben wir den Vorsitzenden der PRO-GE gefragt, welche Ängste der Beschäftigten berechtigt sind und wie eine Klimapolitik ohne erhobenen Zeigefinger gelingen kann.

Arbeit&Wirtschaft: Welche Gefahren gibt es für die österreichische Industrie in Hinblick auf Transformation und Dekarbonisierung?

Reinhold Binder: Die größte Gefahr wäre das Nichtstun, denn die Transformation ist voll im Gange. Wichtig ist, dass wir vor allem die Energieversorgung sicherstellen und dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Denn wenn man sich die Aufwandsstruktur der Unternehmen anschaut, dann ist der Materialaufwand mit

den Energiekosten in den letzten zwei, drei Jahren stark gestiegen und verharrt auf einem hohen Niveau. In der Frage der Wettbewerbsfähigkeit gilt die Energie als großer Hebel, und zum Schaden aller blockieren sich die Regierungsparteien gegenseitig, zentrale Gesetze im Energiebereich sind ausständig.

Welche Gesetze zum Beispiel?

Etwa das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz, dessen Novellierung ansteht. Hier geht alles viel zu schleppend. Erst kurz vor der EU-Wahl und nachdem sich die Negativmeldungen aus der österreichischen Photo-



REINHOLD „REINI“ BINDER 45, hat Werkzeugmacher gelernt und ist seit 2023 Vorsitzender der Produktionsgewerkschaft PRO-GE, die die Beschäftigten der Metallindustrie und des produzierenden Gewerbes genauso vertritt wie etwa die Beschäftigten in der Lebensmittelproduktion.

voltaik-Branche häuften, ist die Regierung in die Gänge gekommen. Hätte man auf die Gewerkschaften gehört, die seit Langem einen stärkeren Fokus auf die regionale Wertschöpfung fordern, wäre mit dem „Made in Europe“-Bonus zum Beispiel der Abbau der Mitarbeiter:innen bei Fronius vermeidbar gewesen.

Alles so negativ?

Nein, gar nicht. Gerade hatten wir eine Betriebsrätekonferenz mit 1.000 Teilnehmer:innen in der Saline Ebensee. Da war eine unglaublich positive Stimmung. Ich sage immer, es gibt zwei Möglichkeiten, auf die sozial-ökologische Transformation und die Digitalisierung zu reagieren: entweder mit Angst oder mit Anpacken. Wir müssen die jungen Leute richtig ausbilden und die Arbeitnehmer:innen, die jetzt schon im Bestand sind, fortlaufend qualifizieren. Und wir müssen die Möglichkeiten nützen, die die Transformation etwa für Leute bietet, die nach 40 Jahren Schichtarbeit weniger belastende Arbeiten verrichten wollen. Die Konferenz in der Saline war auch ob des Ortes so beeindruckend: In der Region findet seit 8.000 Jahren Salzabbau statt, also gemeinschaftlich verrichtete, fast hochproduktive Arbeit. Was für eine Produktionsgeschichte, aber auch Innovationsgeschichte!



Es gebe zwei Möglichkeiten, auf die sozial-ökologische Transformation und die Digitalisierung zu reagieren, meint Reinhold Binder: entweder mit Angst oder mit Anpacken.



Die Industrie brauche jetzt vor allem Planungssicherheit. Stattdessen verunsichere der Kanzler mit seinen „Verbrennergipfeln“ Beschäftigte, Konsument:innen und Investor:innen, kritisiert Reinhold Binder.

Also nicht nur nach den Gefahren der Transformation fragen, sondern nach den Chancen?

Mir geht es um die Zukunftssicherung für die Arbeitnehmer:innen. Dazu braucht es Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie in Aus- und Weiterbildung. Der sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft ist eine enorme Herausforderung, aber er wird sich bezahlt machen. Investments der öffentlichen Hand in klimafreundliche Infrastruktur wie zum Beispiel den Schienenverkehr werden Zigtausende Arbeitsplätze in der Industrie und im Bau entstehen lassen.

Was bedeutet Industriepolitik in diesem Zusammenhang?

Österreich hat derzeit keine Industriestrategie. Das ist politisch höchst verantwortungslos, denn bis zu 1,5 Millionen Arbeitnehmer:innen sind in Österreich direkt in der Industrie beschäftigt, oder ihre Arbeitsplätze hängen an der Industrie. Mir geht es um eine vorausschauende Industrie- und Standortpolitik, die den Fokus darauf richtet, die Wertschöpfung in Europa zu generieren. Es geht darum, Zukunftssektoren aufzubauen und den Umbau der bestehenden Industrien sozial verträglich zu gestalten.

Also eine Strategie mit Weitblick?

Im Grunde braucht es eine Standortpolitik für 2040.

Ist es denn wirklich denkbar und möglich, Industrien hierher zurückzuholen, etwa die Produktion von Solaranlagen, Windrädern usw.? Diese Güter werden ja längst woanders wettbewerbsfähiger produziert. Kann man da überhaupt mithalten?

Gerade im Photovoltaikbereich haben wir bisher lenkungspolitisch dumm agiert. 90 Prozent der Anlagen kommen mittlerweile aus China, und diese werden doppelt subventioniert: einmal vom chinesischen Staat und einmal von Österreich. Mit dem Geld der heimischen Steuerzahler:innen fördern wir also Arbeitsplätze im Ausland. Das muss nicht sein, denn wenn wir Förderungen und öffentliche Vergaben an die regionale Wertschöpfung knüpfen oder bei Produkten einen Mindestanteil an Komponenten aus Europa festschreiben, dann ist das Teil einer aktiven Standortpolitik.

Würde das die Produkte nicht verteuern?

Österreich soll sich nicht zu einem Billigstlohnland entwickeln. Mir geht es darum, dass die Arbeitnehmer:innen in Österreich genug verdienen, um sich ein anständiges Leben leisten zu können.

Aber die Globalisierung werden wir nicht zurückdrehen ...

Unsere Stärke liegt darin, produktiver, qualifizierter, effizienter zu produzieren. Dazu kommen der soziale Frieden, das funktionierende Gesundheitssystem, eine hervorragende Infrastruktur. Das sind die Qualitätsschlüssel unseres Industriestandorts. Es gibt diesen Leitspruch: „Ängste nehmen und Chancen nützen.“ Genau darum geht es, etwa auch in der Autoindustrie. Es ist völlig klar, dass in den kommenden Jahrzehnten die Verbrennungsmotoren stark zurückgehen werden. Deshalb braucht die Industrie bei der Transformation Planungssicherheit, stattdessen macht der Kanzler schlagzeilenträchtige „Verbrennergipfel“. Das verunsichert alle: die Beschäftigten, die Konsument:innen, die Investor:innen.

Welche Beispiele gibt es dafür, wie man vorausschauend Industriepolitik in dieser Hinsicht machen kann?

Konzerne wie Infineon investieren nicht aus Nächstenliebe in Österreich oder weil die Seen und Berge so schön sind. Ein wichtiger Standortvorteil Österreichs sind die gut ausgebildeten Fachkräfte. Das ist der Schatz der Unternehmen. Allerdings ist etwa die Anzahl der Ausbildungsbetriebe im Bereich der Elektrotechnik weiterhin zu niedrig.

Viele Beschäftigte haben Angst, dass sie durch die Transformation ihre Arbeit verlieren, aber auch, dass sie ihre Konsumgewohnheiten umstellen müssen und ihre Autos teurer werden, dass man sie zum Einbau neuer Heizungen zwingt oder ihre Häuser an Wert verlieren, wenn diese strengeren Energieeffizienz-Vorgaben nicht mehr entsprechen.

Angst ist ein schlechter Ratgeber. Darum macht mich die ständige Angstmacherei vor allem vonseiten der Wirtschaftstreter:innen auch so wütend. Es braucht einen Schulterchluss der Politik mit den Sozialpartnern, um die Herausforderun-



„Was soll sich denn ein Schichtarbeiter denken, der sein Auto braucht, um täglich 40 Kilometer oder mehr zur Firma zu fahren?“ Für Reinhold Binder muss der Umbau die Lebensrealitäten der Menschen berücksichtigen.

gen gemeinsam zu bewältigen. Wir brauchen Perspektiven, etwa die Vereinfachung von Fördermaßnahmen, damit eine Heizungsumstellung für mehr Haushalte zu stemmen ist.

Oft ist von Klimapolitik „mit dem erhobenen Zeigefinger“ die Rede: Was wäre eine Klimapolitik ohne erhobenen Zeigefinger? Eine solche Klimapolitik müsste glaubhaft vermitteln: Ja, wir müssen unseren Lebensraum schützen und erhalten. Ja, dazu gehört Klimaschutz. Aber dazu gehören auch gute Arbeitsbedingungen und gut bezahlte Arbeitsplätze.

Erneuerbare Energien bieten die Chance auf günstigen Strom, günstiges Heizen. Gerade in Zeiten der Kostenkrise, in denen steigende Rechnungen den Menschen Angst machen, wäre das ja ein gutes Argument. Man hört es aber sehr selten.

Und unabhängig machen wir uns noch dazu! Wir haben in Österreich alleine 170 Unternehmen nur im Bereich der Windenergie. Natürlich kosten Investitionen in die Transformation Milliarden. Aber Öl, Benzin und Gas sind, wie wir heute wissen, ja tendenziell sehr teure Energien, und wir sind Spielball der Märkte und von Autokratien.

Der Soziologe Steffen Mau behauptet: Klimakampf ist Klassenkampf. Die Arbeiter:innenklasse zieht nicht den Umbau in Zweifel, sondern fürchtet die wirtschaftlichen Risiken. Ist das eine richtige Diagnose?

Ich muss Klimapolitik mit arbeitsmarktpolitischen und sozialen Fragen verbinden. Ich muss wie bei der Digitalisierung den Menschen in den Mittelpunkt stellen, sonst wird die Transformation nicht gelingen. Tue ich das nicht, dann ist die Diagnose richtig, und die Zukunftsangst vieler wird in eine Abwehrhaltung münden.

Kann der Umbau sogar ein „Jobmotor“ sein, wie es im jüngsten „Umbauplan“ der Arbeiterkammer zu lesen ist?

Ja, die Chancen dafür sind gegeben. Bedingung dafür ist, dass dieser Transformationsprozess gut durch die öffentliche Hand begleitet wird und Investitionen in eine klimafreundliche Infrastruktur erfolgen.

Wie schafft man da Vertrauen?

Dazu muss die Politik das Heft in die Hand nehmen, den Unternehmen Leitplanken und den Arbeitnehmer:innen Perspektiven geben. Wenn ich Arbeitnehmer:innen aber nur als teuren Kostenfaktor sehe und ständig gegen die sozialen Sicherungssysteme wettere, dann wird es nichts mit dem Ver-

trauen. Daher weg vom Prinzip Angst, hin zum Prinzip Hoffnung.

Wie ist das Verhältnis von öffentlichen Investitionen und individueller Konsumanpassung? Müssen wir nicht auch Verzicht üben?

Öffentliche Investitionen sind das Um und Auf. Denken wir an den notwendigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder des Stromnetzes. Das wird ohne eine gemeinsame Anstrengung nicht funktionieren, ist aber Voraussetzung dafür, dass Haushalte, Pendler:innen oder auch Urlaubsreisende konkrete Alternativen haben.

Die 1970er-Jahre, als wir einmal pro Jahr Urlaub in Caorle oder in Kroatien machten, waren herrlich – aber man hat sich an die Fernreisen eben auch gewöhnt.

Die Gesellschaft verändert sich: Was früher war oder heute ist, kann in zehn Jahren anders sein. Verstehen Sie mich nicht falsch, alle sollen sich ihren Urlaub leisten. Wenn aber das Ticket im Billigflieger nach Mallorca weniger kostet als das Zugticket von Linz nach Innsbruck, dann stimmt was nicht. Es ist also weniger eine Frage der Gewohnheit, sondern eine Folge des Preiskampfes im Tourismus und im Luftverkehr. Dieser Kampf um Marktanteile ist weder kostendeckend, noch hilft er den Mitarbeiter:innen der Airlines, noch ist er für das Klima sinnvoll. Da braucht es mehr Bewusstsein.

Welche Rolle spielt es, dass Klima – so wie Gendern, Vegetarismus oder anderes – zu einem „Kulturkampf“-Thema aufgebaut wird, das die Leute aufregt?

Es geht um Klimapolitik, die gemeinsam mit den Menschen und nicht gegen die Menschen gemacht wird. Was soll sich denn ein Schichtarbeiter denken, der sein Auto braucht, um täglich 40 Kilometer oder mehr zur Firma zu fahren? Welche Alternativen hat er? Man muss die Diskussionen so führen und Veränderungen so gestalten, dass die Lebensrealitäten der Menschen berücksichtigt werden. ▀

Wenn der Lichtbogen glüht

Das voestalpine-Werk Donawitz steht vor einer großen Herausforderung: Stahl muss bis 2050 klimaneutral produziert werden. Deshalb entwickelt das Unternehmen neue Stahlgewinnungsverfahren. Gleichzeitig will man das wirtschaftliche Herz der Region bleiben – eine Mammutaufgabe für Firma und Belegschaft.

TEXT CHRISTIAN RESEI, SOPHIA FIELHAUER-RESEI

Das voestalpine-Werk in Donawitz ist das Herz der Region. Es ernährt nicht nur seine 2.200 Mitarbeiter:innen, sondern ist auch Wirtschaftsmotor für das gesamte Mur- und Mürztal.



„Wer Stahl mit weniger oder ohne schädliche Emissionen, aber mit den gleichen Eigenschaften herstellt, dem gehört die Zukunft.“

Franz Jantscher, Vorsitzender des Arbeiterbetriebsrats

Die Legierung aus Eisen und Kohlenstoff ist hart, aber auch biegsam und kann auch in Kombination mit anderen Materialien eingesetzt werden: Stahl. Von der zarten Gabel bis zum massiven Brückenpfeiler: Aus unserem Alltag ist der langlebige und zu 100 Prozent wiederverwertbare Werkstoff nicht wegzudenken.

Stahlerzeugung belastet die Umwelt

Wäre da nicht dieses eine riesige Aber: Die Stahlproduktion aus Eisenerz und Roheisen belastet die Umwelt. Damit das Eisenerz im Hochofen brennt, werden Koks und andere eingeblasene Kohlenstoffträger wie pulverisierte Kohle und Kunststoffabfälle beigegeben. Durch das etwa 1.600 Grad heiße Feuer wird das Eisen aus dem Eisenerz gelöst und flüssig gemacht. Außer dem flüssigen Roheisen fallen aber auch riesige Mengen an Kohlendioxid, Kohlenmonoxid, Stickoxiden, Feinstaub und Schwefeloxiden an und landen in der Luft.

Der größte Stahlproduzent Österreichs ist die voestalpine. Mit einem jährlichen Kohlendioxid-Ausstoß von mehr als zwölf Millionen Tonnen an den beiden Standorten Linz und Donawitz ist der Konzern der größte CO₂-Emittent Österreichs (mehr als 15 Prozent unserer gesamten CO₂-Emissionen).

Bis 2050 muss Stahl – eine EU-Vorgabe – klimaneutral produziert werden; eine Herausforderung der dringlichen Art. Um den

CO₂-Ausstoß in den kommenden Jahren drastisch zu reduzieren, setzt die voestalpine in einem ersten Schritt auf je einen Elektrolichtbogenofen in Linz und Donawitz.

Der steirische Riese

„Wer Stahl mit weniger oder ohne schädliche Emissionen, aber mit den gleichen Eigenschaften herstellt, dem gehört die Zukunft“, macht es Franz Jantscher deutlich. Am 1. Juli ist er in seiner neuen Funktion als Vorsitzender des Arbeiterbetriebsrats in der voestalpine Donawitz angetreten. Hier arbeiten 2.600 Menschen, davon vertritt Jantscher 1.100 Arbeiter:innen – 950 Arbeiter:innen und 150 in Ausbildung. Das Werk ist das wirtschaftliche Herz der Industrieregion Mur- und Mürztal. Die Tradition des Abbaus und der Verarbeitung von Eisenerz begann hier vor mehr als 1.300 Jahren.

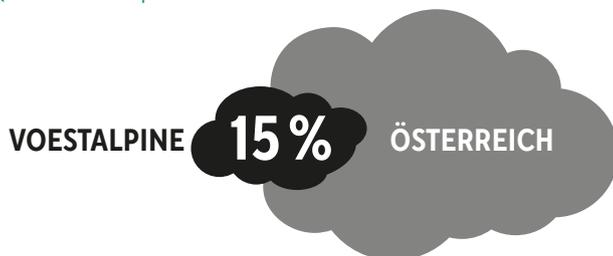
Arbeiterbetriebsratsvorsitzender Jantscher weiß freilich um die immense Bedeutung der angesiedelten Industrie: „Sie liefert rund 36 Prozent der steirischen Bruttowertschöpfung. Vom Schicksal der voestalpine sind aber viele Menschen auch außerhalb des Werks betroffen – egal, ob Zuliefer:innen, Bäcker:innen oder Friseur:innen. Dass es dieser Region gut geht, ist auch das primäre Anliegen von Franz Jantscher. Der Betriebsrat vermittelt das mittels kleiner, feiner Gesten wie der Weihnachtsgutscheine, die von der Belegschaft bei den Gewerbetreibenden der Region eingelöst werden können.

Frauen in der Produktion

Gerade rattert Lisa Brosch auf einem Stapler beim Gebäude des Arbeiterbetriebsrates vorbei und winkt. Die 29-Jährige kam vor 18 Monaten zur voestalpine und arbeitet dort im Legierungsmagazin. „Ich komme aus Leoben und wollte erst eine Lehre bei der voestalpine machen, lernte dann aber doch Bürokauffrau“, erzählt die Kran- und Stapler-Führerin, die gerade ihre Mittagspause antritt. Da sie mit ihrem vorherigen Job nicht ganz glücklich war, brachte eine Stellenausschreibung auf der voestalpine-Homepage die eingefleischte Leobenerin zum Umdenken. Brosch hat sich beworben,

CO₂-Emissionen in Österreich

Quelle: voestalpine





Lisa Brosch war früher Bürokauffrau, bei der voestalpine machte sie den Stapler- und Kranführerschein. Ihr neuer Beruf verlangt logisches Denken und Präzision.

wurde aufgenommen und konnte dann durch die Unterstützung der voestalpine den Kurs für Hubstapler und Kran erfolgreich meistern. Die Ausbildung war fordernd, der Beruf verlangt viel logisches Denken und Präzision: „Ich muss wissen, welche Materialien ich transportiere und wohin ich sie bringen muss“, erklärt Brosch. Nun ist sie in der Frühschicht von 6 Uhr morgens bis 14 Uhr, übernimmt dort die Ware (etwa Stahlschrott) der Lkws und verfrachtet sie mit dem Kran oder dem Stapler in das Legierungsmagazin oder zu den Hochöfen – zu ihren Aufgaben gehören aber auch die Überprüfung der Bestände und die Nachbestellung.

Für Lisa Brosch bedeutet die Frühschicht auch eine Nachtruhe um 21 Uhr, der Wecker läutet sie ja bereits um 4.30 Uhr aus dem Bett. Laue Sommernächte kann sich die junge Frau nicht um die Ohren schlagen. Arbeiterbetriebsrat Jantscher bemüht sich, junge Menschen für eine technische Lehre zu begeistern und grundsätzlich mehr weibliche Arbeitskräfte in die Produktion zu bringen. Neben Lisa Brosch arbeiten mittlerweile drei Frauen im Legierungsmagazin. Wie bei anderen großen und kleinen Unternehmen hat sich die interne Arbeitskultur durch gemischte Teams verbessert. Franz Jantscher: „Die Arbeit macht jetzt auch mehr Spaß.“

Das Auf und Ab der Region

Mit der Industrialisierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts gelangte die Mur-Mürz-Region zu einigem Wohlstand, doch die Stahlkrise und parallel dazu auch die Verstaatlichten-Krise ab Mitte der 1980er-Jahre verringerten deren wirtschaftliche Bedeutung. Rationalisierungsmaßnahmen und Strukturschwäche führten zum Abbau vieler Arbeitsplätze. Die Menschen verließen die Region und zogen vom Land nach Graz oder Wien. Leoben und Kapfenberg

litten empfindlich unter dem Einwohner:innenschwund. Doch seit der Jahrtausendwende geht es wieder aufwärts, der Erzberg in Eisenerz, von dem ursprünglich aller Wohlstand ausging, ist immer noch der größte Tagebau Mitteleuropas. Das voestalpine-Hüttenwerk Donawitz ist das zweitgrößte Eisenwerk Österreichs, es produziert die längsten Eisenbahnschienen der Welt, aber auch zahlreiche andere essenzielle Bestandteile für diverse Branchen. Erst vergangenen Oktober wurde in Kapfenberg ein neues Edelstahlwerk eröffnet, außerdem wurden in den letzten Jahren eine Reihe kleinerer Unternehmen in Leoben und Bruck an der Mur gegründet.

Zukunftsfitter Stahl wird benötigt

Eigentlich sind das gute Nachrichten! Doch um zukunftsfit zu bleiben, muss der Stahl umweltfreundlicher erzeugt werden. Dies soll durch besagte zwei Elektrolichtbogenöfen (Electric Arc Furnace, EAF) gelingen, die 2027 in Donawitz und Linz in Betrieb gehen. Allein diese beiden Giganten werden knapp vier Millionen Tonnen Treibhausgase einsparen. Immerhin würden dadurch auch die CO₂-Emissionen Österreichs um fünf Prozent sinken.

Bei den Elektrolichtbogenöfen wird Schrott unter Einsatz von elektrischer Energie eingeschmolzen. Dazu kommen noch Roh-eisen und andere Eisenträger, zum Beispiel Eisenschwamm. Dieser wird in Form von Eisenbriketts nach Donawitz geliefert. „Diese Briketts werden dann mit der Bahn zu uns transportiert“, erklärt Florian Lagler. Der Metalltechniker arbeitet in der Instandhaltung des voestalpine-Hüttenwerks Donawitz. Mit einem Förderband von mehr als einem Kilometer Länge (das sich zu einem Schlauch formt) werden die Briketts in den Elektrolichtbogenöfen befördert. Die Wärmestrahlung von elektrischen Lichtbögen erhitzt leitfähige



Franz Jantscher ist seit 1. Juli neuer Chef des Arbeiterbetriebsrats. Er sieht die Transformation positiv, denn sie sichert die Stahlproduktion langfristig ab.

ges Material auf bis zu 3.500 Grad. Doch bevor die grüne Produktion beginnen kann, muss etwa die Stromversorgung erneuert werden. Immerhin: Das Fundament für die neue Ofengeneration wurde schon gegossen. Zusätzlich wird auf einer Fläche von 75.000 Quadratmetern (rund zehn Fußballfelder) eine neue Schrotthalle nahe des Lichtbogenofens errichtet.

„Wir von der Instandhaltung werden dann wahrscheinlich mehr Arbeit bekommen“, schätzt Lagler und ist darüber selbstverständlich froh. Sein Beruf des Schlossers ist längst digitaler geworden, Arbeitsschritte werden elektronisch dokumentiert – die Schicht-Übergabe muss reibungslos funktionieren, jede:r muss genau wissen, welche Arbeit zuvor verrichtet wurde. „Der Kollege muss erfahren: Was habe ich erledigt, welche Ersatzteile und wie viele Leute habe ich dafür gebraucht?“, erzählt Lagler über die Dokumentation. Er arbeitet gerne in seiner Abteilung: „Wir sind eine dynamische Gruppe, wir sind sieben Leute, und mit meinen 32 Jahren bin ich bereits der Älteste“, schmunzelt der Metalltechniker.

Sorgen der Belegschaft

Seit zweieinhalb Jahren ist Florian Lagler auch Vorarbeiter. Dabei muss er sich um die Wochenplanung kümmern und auch ein bisschen Vorbild für seine Mannschaft sein. „Ich muss auch etwas Stress vertragen, denn die verschiedenen Abteilungen erwarten immer, dass die Reparaturen ganz schnell erledigt werden“, erklärt Lagler. Er ist daneben auch im Betriebsrat engagiert. 2008 hat er als Jugendvertrauensrat begonnen, wurde 2012 zum Vertrauensmann und 2016 Ersatzbetriebsrat. Seit drei Jahren ist er nun der Betriebsrat, der die Arbeiter am Hochofen vertritt.



Florian Lagler ist Vorarbeiter bei der Instandhaltung. „Wir Schlosser versuchen auf allen Ebenen, die Sachen zu reparieren.“

„Wir sprechen ständig mit unseren Kolleg:innen, ab und an reicht es auch aus, sich etwas von der Seele zu reden, und wir hören zu“, weiß Florian Lagler, der etwa 300 Leute betreut. „Wir Schlosser versuchen eben auf allen Ebenen, die Sachen zu reparieren.“

Für den Lichtbogenofen muss in Donawitz der Hochofen 4 weichen – er wird stillgelegt. „Ja, da ist auch Wehmut dabei“, muss Franz Jantscher eingestehen, der selbst seinen beruflichen Werdegang beim Hochofen begonnen hat. Die Arbeitsplätze verändern sich, es wird neue Beschäftigungen geben, und die Betriebsabläufe, wie sie bisher bekannt waren, verändern sich ebenfalls. „Da gibt es schon Menschen, die sich deswegen Sorgen machen“, sagt Jantscher. Trotz aller zukünftigen Herausforderungen und Veränderungen sieht der Arbeiterbetriebsratschef die Transformation positiv, da die Stahlproduktion in der Obersteiermark langfristig abgesichert wird. „Damit wird ein wichtiges Zeichen für die nächste Generation und für die Arbeitsplätze in der Region gesetzt.“

Investitionen in die Zukunft nötig

Für den Energiebedarf des Donawitzer Elektrolichtbogenofens wurden schon zwei Umspannwerke gebaut. Doch die Transformation hat damit erst angefangen. Um das Eisen umweltfreundlicher aus dem Eisenerz zu gewinnen, wurden inzwischen auch Verfahren mit Wasserstoff entwickelt. Damit würden dann im Laufe der Zeit auch die restlichen Hochöfen abgebaut werden. Doch der Energiebedarf dieser wasserstoffbasierten Stahlerzeugung ist sehr hoch. Dafür müssen weitere Kraftwerke gebaut werden. „Grüner Stahl ist aber nur mit grünem Strom realisierbar, und das geht nur, wenn ein politisches Gesamtkonzept umgesetzt wird“, fasst Franz Jantscher die Situation zusammen. ▸

Wer zahlt den Preis?

Inmitten von Starkregen und Hitzewellen kämpfen auch Österreicher:innen ums Überleben. Für Menschen wie Barbara und Sabrina sind die Wetterereignisse eine tägliche Herausforderung. Sie machen deutlich: Die Klimakrise verschärft soziale Ungleichheiten.

TEXT SANDRA GLONING

Juni 2024, nach tagelangem Starkregen: „Mein Haus schwimmt im Wasser, ich kann mich leider nicht für ein Interview freimachen“, schreibt die 47-jährige Barbara aus Kärnten. Sie ist Alleinerzieherin von drei Kindern und aufgrund gesundheitlicher Probleme arbeitsunfähig. Im Vorjahr hat ihr Haus enorme Sturmschäden abbekommen. Aus finanziellen Gründen und Hürden in Bezug auf Versicherung und Baufirma hat sie es noch nicht geschafft, diese zu beheben. Jetzt bangt sie erneut wegen Hochwasserschäden um ihr Zuhause. Barbara ist verzweifelt: „Ich weiß nicht, wie ich das finanziell stemmen soll. Ich habe keine Möglichkeit, das Haus zu sanieren. Wie soll ich all das schaffen, wenn es immer mehr Stürme, Wetterkatastrophen und Hagel gibt?

Mit all diesen Fragen muss ich mich beschäftigen – neben meiner Verantwortung gegenüber den Kindern und als Alleinerziehende.“

Stärker von Klimakrise betroffen

Die Ängste von Barbara – sie möchte anonym bleiben – kennen im Jahr 2024 viele Menschen. Die Folgen der Klimakrise werden immer drastischer. Im Mai wurden Teile Österreichs und Deutschlands mit Starkregen und Überflutungen überrascht, die viele hilflos zurückließen. Es ist nicht das erste Mal in den letzten Jahren, dass extreme Wetterereignisse große Schäden hinterlassen. Während die Soforthilfe durch Katastrophenschutz, freiwillige Feuerwehr und Bundes-



heer in Österreich besser als in vielen anderen Ländern funktioniert, bleibt für viele Betroffene die Frage, wie sie die langfristigen Kosten und Mühen des Wiederaufbaus tragen können. Förder- und Versicherungsanträge sind oft zu kompliziert und aufwendig für Menschen wie Barbara. Die Klimakrise fühlt sich für viele aussichtslos an. Die Folgen treffen dabei weniger jene, die es sich leisten können, Maßnahmen zu setzen. Für die oberen Einkommenschichten gibt es kaum Hindernisse, eine Klimaanlage einzubauen, auf ein E-Auto umzusteigen oder sich in der Förderlandschaft zurechtzufinden. Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen, Alleinerziehende, Menschen in Armut oder mit Behinderung sind häufig nicht nur stärker von der Klimakrise betroffen, sondern auch von klimapolitischen Maßnahmen. Sebastian Seebauer beschäftigt sich an der Joanneum Research mit dem Thema Klimakrise und weiß: „Die sozialen Folgen der Klimapolitik sind unausgewogen. Die Höhe des Einkommens und ob man mietet oder im Eigentum lebt, entscheiden signifikant darüber, wie gut man auf den Klimawandel reagieren kann.“

Klare, verbindliche Regeln für alle

Für Sebastian Seebauer steht fest: Ohne Verpflichtungen und Einschränkungen lasse sich das Ruder nicht mehr herumreißen. Der Markt dürfe sich nicht selbst regulieren. „Wir werden um klare, verbindliche Regeln für alle nicht herumkommen. Es wird nicht ausreichen, nur finanzielle Anreize zu schaffen. Doch jede Konsumsteuer wird die unteren Einkommenschichten stärker treffen.“ Im Oktober 2022 wurde beispielsweise als Klimaschutzmaßnahme in Österreich die CO₂-Steuer beschlossen. Produkte, für deren Herstellung viel CO₂ ausgestoßen wird, werden dadurch teurer. Der Steuersatz steigt bis 2025 jährlich an. Diese Steuer trifft vor allem jene Personen, die weniger Geld zur Verfügung haben und einen höheren Anteil ihres Einkommens für Konsum ausgeben. „Die österreichische Tendenz ist zu fördern: ein E-Auto, eine Photovoltaik-Anlage oder eine neue Heizung. Das erreicht aber nur eine Gruppe mit einem gewissen Wissensstand und Eigenkapital. Diese Hilfestellungen schließen viele aus.“ Dabei bestünde gerade jetzt eine

„Wir werden um klare, verbindliche Regeln für alle nicht herumkommen. Es wird nicht ausreichen, nur finanzielle Anreize zu schaffen. Doch jede Konsumsteuer wird die unteren Einkommenschichten stärker treffen.“

Sebastian Seebauer, Joanneum Research



Die sozialen Folgen der Klimakrise treffen vor allem diejenigen, die weniger Ressourcen haben, um sich anzupassen, erklärt Sebastian Seebauer von der Joanneum Research.

Chance, sozial gerechtere Maßnahmen zu setzen, und damit sogar die aktuellen finanziellen Ungleichheiten zu entschärfen. Dass dies passiert, glaubt Sebastian Seebauer aber nicht: „Wir haben in Österreich akzeptiert, dass es eine gewisse Ungleichheit gibt. Aktuell möchte die Politik zwar niemanden in eine noch schlechtere Position bringen, aber auch nicht die umfassenden Klimaschutzmaßnahmen nützen, um Armut und Einkommensunterschiede zu verringern.“ Oft sind es aber gerade Menschen mit weniger Einkommen, die auf kleinerem Fuß leben und weniger CO₂ ausstoßen.

Leben ohne Klimaanlage

Sabrina ist 52 Jahre alt und alleinerziehende Mutter von zwei Teenagern in Graz. Auch sie möchte anonym bleiben. Im Rahmen ihrer kleinen Familie, so sagt sie, setzt sie so viele Maßnahmen für das Klima und die Natur, wie sie kann: Kleidung kauft sie nur im Second-Hand-Geschäft. Shirts, die nicht mehr getragen werden, verarbeitet sie zu Putzsetzen. Sie achtet darauf, keine Lebensmittel zu verschwenden. Sie putzt vor allem mit Essig, verwendet Plastiksäcke wieder. Die extreme Hitze trifft sie und ihre Kinder hart, aber sie hat Möglichkeiten gefunden, damit umzugehen. „Es ist inzwischen in der Wohnung kaum aushaltbar, wenn man keine Klimaanlage hat, und die können wir uns nicht leisten. Wir haben ein paar Vorhänge zusammengenäht, die wir auf der Sonnenseite der Wohnung zur Beschattung verwenden, da die Jalousien kaputt sind. Der Vermieter weigert sich, sie zu reparieren.“ Wechselt die Sonne dann die Seite, werden die Vorhänge umgehängt. Tagsüber sind sie und ihre Kinder fast nur in Unterwäsche in der Wohnung, sobald es



Carina Altreiter beschäftigt sich in der Arbeiterkammer mit den Auswirkungen der Klimakrise auf die Lebensrealitäten von Frauen.

möglich ist, flüchten sie in die Natur: „Wir sind im Sommer viel im Wald oder an einem kühlen Fluss in der Steiermark. Dort picknicken wir oder vertreiben uns einfach die Zeit. Es wäre für uns nicht leistbar, jeden Tag in ein öffentliches Bad zu gehen, also suchen wir Möglichkeiten, die kostenlos sind.“ Im Sommer kocht Sabrina kaum warm, damit sie sich nicht durch die Mahlzeit noch zusätzlich aufheizen. Sorgen wegen ihrer Zukunft macht sie sich natürlich, doch sie weiß, dass es nichts bringt: „Wir haben die letzten Sommer geschafft, also werden wir auch die nächsten irgendwie schaffen. Am meisten tut mir weh, wenn ich sehe, wie die Natur und die Tiere darunter leiden, was wir tun.“ Sabrina wird finanziell durch das Projekt „Mut schaffen“ unterstützt. Lange wusste sie von dieser Möglichkeit nichts und hatte keine Ahnung, wo sie Hilfe bekommen könnte. „Ich habe während Corona jede Menge Geld liegen gelassen, weil ich nicht wusste, wo es Hilfe geben könnte, oder die Anträge auch so unglaublich kompliziert waren. Das finde ich sehr schade!“

„Unmittelbar nach Hitzewellen steigt das Risiko von häuslicher Gewalt und Femiziden.“

Carina Altreiter, AK-Frauenabteilung

Mehr Mitsprache in der Klimapolitik

Carina Altreiter beschäftigt sich in der Arbeiterkammer mit den Auswirkungen der Klimakrise auf die Lebensrealitäten von Frauen. Studien zeigen, dass die Hitze gerade für die vulnerabelsten Gruppen die größten Schwierigkeiten mit sich bringt. Dazu zählen

unter anderem Alleinerziehende wie Sabrina, Personen mit geringem Einkommen oder Menschen, die im Alter allein leben. In all diesen Gruppen sind Frauen überrepräsentiert. Gerade die Frage, was Hitze in Frauenberufen bedeutet, beschäftigt Carina Altreiter: „Wenn es um Hitzebelastung im Beruf geht, denken wir zunächst an männliche Bauarbeiter. Doch Hitze ist auch in anderen Berufen ein Problem, vor allem auch dort, wo mit anderen Menschen gearbeitet wird, also in den Gesundheits- und Sozialberufen oder im Kindergarten. Dort arbeiten überwiegend Frauen.“ Bei großer Hitze steigen die Belastungen für die Beschäftigten zusätzlich, weil es auch den betreuten Kindern, Patient:innen oder älteren Menschen mit zunehmender Hitze schlechter geht. Zusätzlich beanspruchen die höheren Temperaturen das Gesundheitssystem – mehr Menschen brauchen medizinische Hilfe, was zu zusätzlicher Belastung der Mitarbeitenden führt. Studien aus Spanien zeigen, dass es während Hitzewellen zu einem Anstieg häuslicher Gewalt kommt. Hohe Temperaturen führen zu erhöhtem Stresslevel, was auch das Aggressionspotenzial erhöht. Altreiter erklärt: „Gerade in Beziehungen, wo bereits Schwierigkeiten bestehen, können anhaltende Hitzebelastungen die Situation eskalieren. Unmittelbar nach Hitzewellen steigt das Risiko von häuslicher Gewalt und Femiziden.“ Dass es gerade für Betroffene zusätzliche Maßnahmen braucht, davon ist Carina Altreiter überzeugt: „Bei der Entwicklung von Maßnahmen müssen die Arbeits- und Lebensrealitäten von Frauen berücksichtigt werden. Aber Frauen müssen auch bei allen klimapolitischen Entscheidungen mitbestimmen können.“ Dem stimmt auch Sebastian Seebauer zu: „Gerade vulnerablere Gruppen haben ganz andere Sorgen, als ihre Stimme politisch laut zu machen und im politischen Diskurs gehört zu werden. Armut ist auch in dieser Weise ausschließend. Deshalb müssen diese Gruppen von uns allen mitgedacht werden.“ ▀

Wie kommt das Soziale ins Ökologische?

Wie alle großen Entwicklungen ist auch die Umgestaltung zu einer klimafitten Industrie am Ende des Tages eine Verteilungsfrage. Jeder Umbruch führt zum Bruch, hat Verlierer:innen und Gewinner:innen.

TEXT SUSANNE HASLINGER

Gewerkschaften rund um den Globus diskutieren bereits seit Jahrzehnten das Prinzip der sogenannten „Just Transition“. Halbherzig, aber doch hat es 2015 sogar Eingang ins Pariser Klimaabkommen gefunden. Um die Klimawende nicht zu einem kapitalistischen Großprojekt im Sinne der Profitmaximierung zu machen, soll der Übergang in eine klimaneutrale Zukunft sozial gerecht („just“) passieren. Das bedeutet: geplant, gesteuert, begleitet. Maßnahmen zur „Just Transition“ sind gezielte sozialpolitische Interventionen zum Schutz der Vielen – der Arbeitnehmer:innen, der Konsument:innen.

Das Prinzip ist nicht neu – mit einem neoliberalen Blick auf die Rolle des Staats aber verpönt. Gerade in Österreich hat man große Brüche stets umfassend sozialpolitisch begleitet, sei es den Niedergang der Verstaatlichten ab den 1980er-Jahren oder den EU-Beitritt 1995. Denn Strukturwandel ist selten ein rein innerbetrieblicher Prozess – schnell ist eine regionale Auswirkungskette vorhanden, vor allem in Hinblick auf die Arbeitsplätze. Negativbeispiele kennen wir unter anderem aus ehemaligen Kohlehochburgen in den USA. Dort wurden die betroffenen Arbeiter der Zechen-

schließung zum Fraß vorgeworfen – heute sind viele der betroffenen Städte Hochburgen der Opioid-Krise.

Wie kommt aber das Soziale ins Ökologische? Zum Beispiel durch die längst überfällige Verankerung sozialer Kriterien als Bedingung für das Lukrieren öffentlicher Gelder und/oder Aufträge. Das bedeutet auch eine Abkehr von der bedingungslosen Subventionierung milliarden-schwerer Investitionen großer Industrieunternehmen. Rund drei Milliarden Euro stellt das Klimaministerium der Industrie bis 2030 zur Verfügung, um auf

nachhaltige Energie umzustellen und vom Gas wegzukommen. Die Förderrichtlinien sehen zumindest vor, dass der Betriebsrat vom geplanten Ausbau informiert werden muss und allfällige Folgen beratschlagt werden müssen – ein erster Tropfen auf den sehr heißen Stein.

Was fehlt: der Blick auf die Arbeitnehmer:innen und damit arbeitsmarktpolitische Überlegungen – ebenso wie die Verpflichtung, weiterhin am Standort zu produzieren und den Personalstand zu halten. Auch bei der Berücksichtigung regionaler Wertschöpfungsketten hat die Bundesregierung nichts getan. So wird beispielsweise Photovoltaik massiv gefördert, während der österreichische Wechselrichter-Produzent Fronius seit Monaten aufgrund der chinesischen Dumping-Konkurrenz strauchelt. Des Kanzlers Antwort: ein „Standortgipfel“ bei Fronius. Die Bevorzugung regionaler Zulieferer: kein Thema.

Mein Fazit: Die soziale Gerechtigkeit in der Klimapolitik ist mehr als ausbaufähig. Es fehlen vor allem Plan und Strategie seitens der Politik. Am Ende des Tages müssen wir auch die Frage stellen, wie wir Profite verteilen und nicht, wie gewohnt, nur die Kosten. ▀

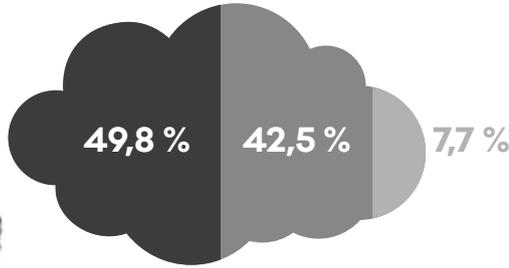


SUSANNE HASLINGER

ist Juristin und leitet die Abteilung Sozialpolitik und Grundlagenarbeit in der Produktionsgewerkschaft PRO-GE.

Klima der G

Anteil an CO₂-Emissionen nach Wohlstand 2019 (weltweit)

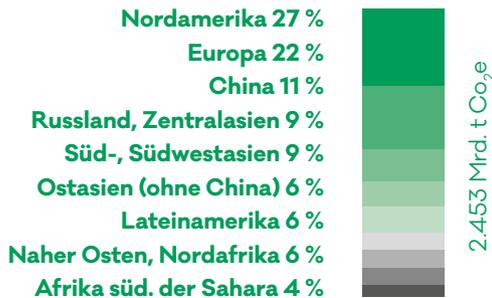


Reichste 10 % Mittlere 40 % Ärmste 50 %

Reiche verursachen viel mehr klimaschädliche Emissionen als ärmere Menschen. Ihr exzessiver Konsum und ihr Lebensstil hinterlassen einen immensen CO₂-Fußabdruck. Große Autos, häufige Flüge und überdimensionierte Wohnungen tragen dazu bei. Die

Reiche befeuern die Klimakrise durch extremen Konsum, durch Beteiligungen an klimaschädlichen Industrien und durch ihren hohen Einfluss auf Medien, Wirtschaft und Politik.

Weltweite Treibhausgasemissionen seit 1850



Nordamerika und Europa verursachten zwischen 1850 und 2019 knapp die Hälfte der weltweiten Treibhausgasemissionen (gemessen in CO₂-Äquivalenten) – Afrika nur ein Zehntel davon.

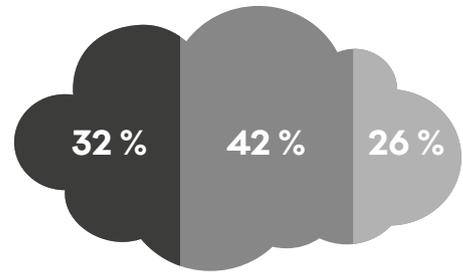
Gerechtigkeit



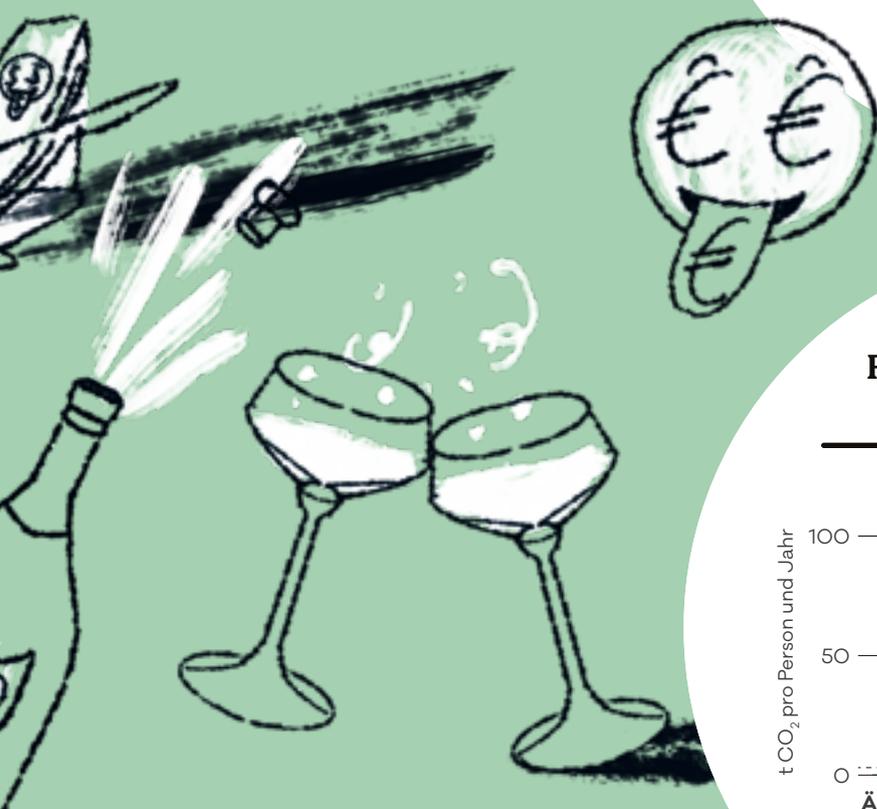
Folgen der Klimakrise treffen jedoch die Ärmsten am härtesten. Wir müssen die wirtschaftliche Ungleichheit schnell und deutlich verringern, um Emissionen zu senken und die weltweite Armut zu bekämpfen. Klimapolitik beginnt mit sozialer Gerechtigkeit.

Auch für Österreich zeigen die Daten: Die größten Klimasünder:innen sind superreich. Die reichsten 10 Prozent verursachen mehr Treibhausgasemissionen als die ärmsten 50 Prozent zusammen.

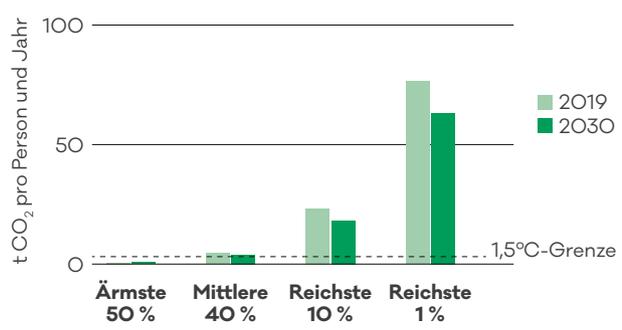
Anteil an CO₂-Emissionen nach Wohlstand (in Österreich)



Reichste 10% Mittlere 40% Ärmste 50%



Pro-Kopf-Emissionen nach Einkommen (weltweit)



Die Abbildung zeigt die CO₂-Emissionen pro Kopf nach Einkommensklassen im Jahr 2019 sowie die geschätzte Veränderung bis 2030 gemäß den Klimaschutzplänen der Länder.



Gemeinschaft unter der Sonne

Seit 2021 können in Österreich Privathaushalte, KMUs und Gemeinden Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften gründen. Stanz im Mürztal gründete eine der ersten. Die Gemeinde will sich so vom Strommarkt unabhängig machen und langfristig die CO₂-Emissionen im Gebäudebestand um 100 Prozent reduzieren.

TEXT ALEXANDRA ROTTER

Stefan Schwaighofer war von Anfang an dabei. Der Voll-erwerbsbauer kam 2021 in die Mehrzweckhalle seines Heimatortes Stanz im steirischen Mürztal und hörte sich mit Maske und Abstand zu den anderen Anwesenden den Vorschlag des Bürgermeisters und einiger Mitstreiter:innen an, die anregten, eine Energiegemeinschaft (EG) im Stanzertal zu gründen. Schwaighofer schnappte sich eines der Anmeldeformulare und wurde Teil einer der ersten österreichischen Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften (EEG). Er musste nicht lange überlegen: „Ich bin schon länger in autarke Systeme involviert.“ Schwaighofer ist Biobauer in zweiter Generation und führt seine Landwirtschaft nach dem Permakultur-Prinzip. Zudem ist er Waldpädagoge, betreibt einen Gemeinschaftsgarten und hat ein Sortenerhaltungsprojekt mit 60 verschiedenen Apfel- und Birnensorten gestartet.

In Österreich ist es seit 2021 erlaubt, EEGs zu gründen und dafür bestehende Stromnetze zu nutzen. Dabei können sich auf regionaler Ebene etwa Privatpersonen, Firmen und Gemeinden, die Strom oder Wärme erzeugen, mit Verbraucher:innen zusammentun. Die nicht verbrauchte Energie landet bei jenen, die sie brauchen. So machen sich EGs von kommerziellen Stromanbietern unabhängiger und wissen, woher ihr Strom kommt. Meist erfolgt der Handel über einen selbst bestimmten statischen oder dynamischen Tarif. Strom und Wärme können in EGs aber auch verschenkt oder gespendet werden. Es gibt EGs, die eigens zur Förderung sozial benachteiligter Menschen gegründet wurden. EEGs sind dabei regional begrenzt, etwa auf ein Dorf oder sogar nur zwei

Haushalte. Zum Beispiel können Eltern mit einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach ihren Kindern Strom schenken. Gründen sie statt einer EEG eine Bürgerenergiegemeinschaft (BEG), können die Mitglieder sogar über ganz Österreich verteilt sein. Großunternehmen müssen immer eine BEG gründen.

„Gallisches Dorf“

Zurück in „die Stanz“, wie die Stanzer:innen ihren Ort liebevoll nennen, ins Jahr 2021. Am Infoabend rechneten Bürgermeister Fritz Pichler, Sven Aberle, Obmann der Energiegemeinschaft Stanzertal, und der jetzige Bürgermeister Dieter Schabereiter mit vielleicht zehn Interessierten. Gekommen sind fast 70 – und der größte Teil ist sofort beigetreten, darunter Stromproduzent:innen, reine Konsument:innen und auch „Prosumer:innen“, die also produzieren und konsumieren.

Sowohl Stefan Schwaighofer als auch Sven Aberle berichten von der Aufbruchstimmung damals – und die herrschte nicht zum ersten Mal. Das rund 1.800 Einwohner:innen große Dorf in einem Seitental des Mürztals unternimmt seit 2015 viel gegen Absiedelung und für Zuzug. Damals übernahm eine unabhängige Liste rund um Quereinsteiger Fritz Pichler das Bürgermeisteramt. So wurde der Ortskern inklusive Gemeinderatszentrum umgebaut, ein neuer Dorfladen errichtet und eine Betreiberin dafür gesucht. Über „Trixis Dorfladen“ wurde ein Holzbau mit 16 Wohneinheiten errichtet. Diesen Prozess hat die Regisseurin Teresa Distelberger in „Rettet das



Seit Kurzem erzeugt Stefan Schwaighofer auf dem alten Stall seines Bauernhofs Strom – und den teilt er als Mitglied der Energiegemeinschaft Stanzertal schon bald mit anderen Stanzer:innen.

Dorf“ dokumentiert. Die EG ist ein weiterer wichtiger Schritt in die Zukunft des „gallischen Dorfes“, das sich als einziges in der Steiermark erfolgreich dagegen gewehrt hat, mit einer anderen Gemeinde zusammengelegt zu werden, wie Fritz Pichler im Film erzählt.

Mit offenen Armen

Nach der Infoveranstaltung folgte eine weitere Überraschung, als es darum ging, sich einen Überblick über den Energieverbrauch und die Kosten der Bürger:innen zu verschaffen. Bürgermeister Schabereiter erzählt: „Irgendwann ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir die Häuser in der Ortschaft abklappern und die Leute fragen mussten: ‚Womit heizen Sie? Was zahlen Sie?‘“ Anstatt wie erwartet bei dem sensiblen Thema abzuwinken, hätten alle offene Arme gehabt und ihre Daten zur Verfügung gestellt.

*„Irgendwann ist der Zeitpunkt gekommen,
wo wir die Häuser in der Ortschaft abklappern
und die Leute fragen mussten:
,Womit heizen Sie? Was zahlen Sie?‘“*

Dieter Schabereiter, Bürgermeister von Stanz

Die EEG ist Teil einer größeren Energietransformationsstrategie: Stanz will zur Plusenergiegemeinschaft werden. Ein konkretes Ziel ist etwa, die CO₂-Emissionen im Gebäudebestand langfristig um 100 Prozent zu reduzieren. Dafür wurden bereits diverse Maßnahmen gesetzt – eine der wirkungsvollsten war das Projekt Nahwärme: So haben der Stanzer Karl Kaltenbrunner und der Nicht-Stanzer Johann Ziegerhofer ein Nahwärmekraftwerk gekauft und komplett saniert. Viele Stanzer:innen sind seither von Heizen mit Gas oder Öl auf Biomasse-Nahwärme umgestiegen – konkret entsteht die Wärme durch Verbrennung von Schadholz aus der Stanz und der nahen Umgebung. Der Anteil von Gas und Öl sank so von mehr als drei Viertel auf weniger als ein Viertel der gesamten Beheizung im Ortskern.

Wasser- und Windkraft

Ein weiterer Schritt soll bald folgen: Der Betreiber eines Wasserkraftwerks wird der EEG beitreten und einem entscheidenden Problem Abhilfe schaffen: PV-Anlagen liefern, sofern ohne Speicher, nur bei Tageslicht Strom. Fernseher und Nachttischlampe werden also in der Regel mit zugekauftem Strom betrieben. Mit der Wasserkraft wird man der autarken Stromversorgung in Stanz ein gutes Stück näherkommen. Auch an einem Windkraftwerk will man sich in Zukunft beteiligen. Vorher, nämlich diesen Sommer, soll eine PV-Anlage mit einer Leistung von 60 kWh plus Speicher auf das Dach der Volksschule kommen.



Fritz Pichler, Bürgermeister a. D., fragt sich:
„Wie können wir die ganz großen Probleme dieser Welt in unserer kleinen Welt in der Stanz lösen?“

Permakultur-Bauer Stefan Schwaighofer blickt schon heute zufrieden auf das Dach seines alten Stalls, in dem Rinder, Schafe und Hühner untergebracht sind: Im Herbst vergangenen Jahres ließ er dort neun mal fünf Photovoltaik-Module montieren. Ein Speicher wird folgen, wobei er hofft, eine gute Alternative zur Batterie zu finden. So setzt er jetzt nicht mehr nur bei Tieren und Pflanzen auf Nachhaltigkeit und Unabhängigkeit, sondern auch beim Strom. Er kann mit der PV-Anlage bis zu 60 Prozent seines Strombedarfs abdecken – der Brotofen braucht besonders viel. Doch es gibt auch Tageszeiten, zu denen die Anlage Strom produziert, er ihn aber nicht benötigt – diesen kann er künftig an die EG verkaufen.

Verlässliche Daten fehlen

Herbert Kohlhuber, Betreiber einer Zimmerei in der Stanz mit vier Mitarbeiter:innen, wartet noch mit dem Beitritt zur EG. Er hat eine PV-Anlage mit 50 kWh und möchte den Strom auch für sein Privathaus nutzen, was für ihn als Mitglied der EG möglich wäre. Er ist einer der Vorsichtigen, die sich erst anschauen, ob bzw. wie das Ganze funktioniert. Bald hat er Klarheit, denn sofern auf den letzten Metern alles gut geht, wechselt die EEG im Herbst 2024 vom Test- in den Realbetrieb. Vom Weg hierher berichteten Anfang Juni die federführend Beteiligten sowie externe Dienstleister bei einem Symposium zur EEG Stanzertal im Gemeindeamt – u. a. Fritz Pichler, Sven Aberle, die Betreiber des Nahwärmekraftwerks und externe Expert:innen. Alle berichten, dass das Schwierigste an dem Prozess war, verlässliche Daten zu bekommen.

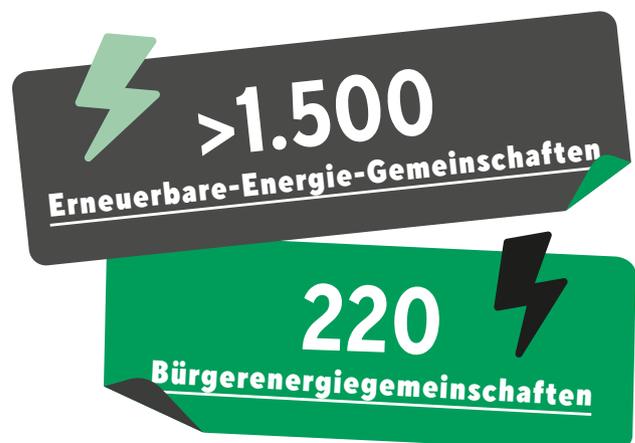
Der externe Berater Thomas Zeininger, der Vorschläge zum Geschäftsmodell in der EEG Stanzertal gemacht hat und selbst Vorstand der österreichweiten BEG 7Energy ist, erklärt: „Schluss-

Bio- und Permakultur-Bauer Stefan Schwaighofer ist bereits Mitglied der EEG Stanzertal: „Ich bin schon länger in autarke Systeme involviert.“

endlich müssen die Messwerte von den Smart Metern der Teilnehmer:innen bei der Energiegemeinschaft landen. Sie muss wissen: Wer hat wie viel Strom aus der Energiegemeinschaft bezogen oder an sie geliefert?“ Weil aber die Daten der Netzbetreiber noch lückenhaft oder fehlerhaft sind, hat man sich für eigene Messgeräte entschieden, die jetzt im Testbetrieb bei zehn EEG-Mitgliedern laufen. Auf Basis dieser ersten Erfahrungen wird demnächst ein eigener Stanzer Stromtarif ermittelt. Aber nicht nur das: Die Stanz will auch eine eigene Währung einführen: den Stanzer Taler. Hier denkt man über den Einsatz von Blockchain-Technologie und einer Wallet nach, um den Tausch der Währung zu ermöglichen.

Aktive Energiegemeinschaften in Österreich

Quelle: Koordinationsstelle für Energiegemeinschaften





DREI FRAGEN ZUR ENERGIE- GEMEINSCHAFT

Eva Dvorak leitet die Österreichische Koordinationsstelle für Energiegemeinschaften, eine Servicestelle des Klima- und Energiefonds.

Was bewirken Energiegemeinschaften (EGs) politisch?

Die Menschen wünschen sich eine krisensichere, saubere Energieversorgung. Die Möglichkeit, Teil einer EG zu sein, erfüllt genau das: erneuerbare Energie aus der Region zu fix vereinbarten Preisen. Das gibt Planungssicherheit und schafft Gewissheit, aktiv etwas für den Klimaschutz zu tun. Energiepolitik ist damit bei den Haushalten und Konsument:innen angekommen. Das ist gelebte Energiewende.

Wie beliebt sind Sozialtarife oder das Stromspenden innerhalb von EGs?

Solidarische EGs sind ein neuer Schwerpunkt unserer Arbeit. Die Ausrichtung auf Gewinn ist per Gesetz nicht vorgesehen. Vielmehr sollen EGs ihren Mitgliedern und Regionen ökologische, soziale und wirtschaftliche Vorteile bringen. Außerdem entwickeln Gemeinschaften neue Antworten auf Energiearmut und können zum Beispiel einkommensschwachen Haushalten günstigen lokal erzeugten Strom anbieten.

Inwiefern sind EGs auch für Unternehmen und deren Mitarbeiter:innen interessant?

Oft ist in Unternehmen am Wochenende niemand vor Ort – dann kann der auf dem Firmendach produzierte Strom Mitarbeiter:innen zu Hause zur Verfügung gestellt werden. Manche nutzen EGs zur Kund:innenbindung: Einer Bürgerenergiegemeinschaft (BEG) können sogar österreichweit Kund:innen beitreten. Auch können sie Mitarbeiter:innen und Kund:innen ermöglichen, E-Autos auf dem Firmenparkplatz aufzuladen. Viele Unternehmen nutzen EGs auch für ihr Marketing, um sich umweltfreundlich und nachhaltig darzustellen. Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften sind auf regionale Nutzung beschränkt, und es können nur KMUs mitmachen. Großunternehmen können dagegen nur an BEGs teilnehmen. Ein Unternehmen alleine kann noch keine EG gründen – gemeinsam mit Mitarbeiter:innen geht das.

Zimmerer Herbert Kohlhuber hat eine PV-Anlage auf einem Betriebsgebäude – den Strom würde er gern auch privat nutzen. In einer Energiegemeinschaft ist das möglich.

„Transforming sunshine directly into beer“ ist Anfang Juni in der Präsentation von Rainer Rosegger von der Grazer Agentur scan mit Schwerpunkt Stadt- und Kommunalentwicklung zu lesen. Die Vision: „Sven verkauft Fritz Strom und kann am Abend davon ein kleines Bier trinken.“ In der Stanz gibt es auch ein E-Taxi-Service – bisher haben die Stanzer:innen Taxidienste für Ruhm und Ehre geleistet. In Zukunft könnten sie dafür ein paar Stanzer Taler bekommen und sich davon zum Beispiel Strom in der Energiegemeinschaft kaufen. Auch über die Unterstützung bedürftiger Familien in Form von Strom, Wärme oder Stanzer Talern denkt man nach.

EGs haben Hochkonjunktur. Der Koordinationsstelle für Energiegemeinschaften zufolge gibt es bereits mehr als 1.500 aktive EEGs und 220 BEGs in Österreich, das hier ein klarer Vorreiter ist. Laut Leiterin Eva Dvorak waren vor allem Gemeinden First Mover: „Ein Grund dafür ist wohl das enge Netz an Klima- und Energiemodell-Regionen in Österreich, die durch den Klima- und Energiefonds seit vielen Jahren initiiert und entwickelt werden. Hier gibt es in den beteiligten Gemeinden ein großes Bewusstsein für regionale, erneuerbare Energie und auch die entsprechende Erfahrung mit erneuerbaren Energien.“

Fritz Pichler blickt zufrieden auf die vergangenen Jahre, in denen er bis vor Kurzem als Bürgermeister die Stanz mitgeprägt hat – auch mit dem Aufbau der EEG Stanzertal: „Wir haben uns von Beginn an gefragt: Wie können wir die ganz großen Probleme dieser Welt in unserer kleinen Welt in der Stanz lösen?“ Alles auf einmal zu lösen würde eine Weltrevolution auslösen – und Weltrevolutionen seien alle schiefgegangen. Daher ist für ihn klar: „Wir können nur vor unserer Haustür schauen, was wir ändern können.“ Und vor ihrer Haustür können sie erstaunlich viel ändern. ▀

Diese Berufe brauchen wir

Pflege, Kinderbetreuung, Schule und Freizeitpädagogik, aber auch bestimmte Arbeiten in der Industrie haben eines gemeinsam: Sie zählen zur „kritischen Infrastruktur“. Für Katharina Mader, Chefökonomin des Momentum Instituts, sind diese Berufe gesellschaftlich nicht ausreichend anerkannt.

INTERVIEW UDO SEELHOFFER

Welche Jobpotenziale kann uns der demografische Wandel bringen? Was muss die Politik unternehmen, um die Bedeutung gesellschaftlich relevanter Arbeit zu unterstreichen? Für Katharina Mader ist klar: Die Aufmerksamkeit, die diese Aufgaben in der Pandemie erhielten, ist viel zu schnell verpufft. Arbeit&Wirtschaft hat die Ökonomin im lauschigen Garten des Momentum Instituts in der Wiener Märzstraße getroffen.

Arbeit&Wirtschaft: Frau Mader, was ist gesellschaftlich relevante Arbeit?

Katharina Mader: Das ist gar nicht so klar definiert. Die Pandemie hat uns aber gezeigt, welche Jobs systemrelevant sind. Das sind alles Berufe, die mit dem Wohlergehen von Menschen, der Infrastruktur, der Sicherheit und der Gesundheit zu tun haben. Menschen sind davon abhängig, dass andere diese Berufe ausüben. In der Ökonomie wird das oft als „kritische Infrastruktur“ zusammengefasst. Gesellschaftlich wesentlich sind die sogenannten Care-Bereiche: Kinderbetreuung, Pflegetätigkeiten, Schule und Freizeitpädagogik, soziale Arbeit und

Behindertenarbeit – alles Bereiche, wo es um das gute Leben für die Menschen geht.

Bringt der demografische Wandel auch Jobchancen?

Wir haben immer wieder die Diskussion: Brauchen wir Wachstum, und wie viel Wachstum verträgt unser Planet noch? Wir müssen Wachstum überdenken, wir haben



KATHARINA MADER

geboren 1981 in Wien, ist Chefökonomin des Momentum Instituts. Ihre Schwerpunkte sind feministische Ökonomie, unbezahlte Arbeit, Care-Ökonomie sowie Wirtschafts- und Finanzpolitik. Für ihre Arbeit gewann sie unter anderem den Käthe-Leichter-Preis, den Gabriele-Possanner-Förderpreis sowie den 16. Wiener Frauenpreis.

planetare Grenzen für die Produktion. In Anbetracht der demografischen Entwicklung und der alternden Gesellschaft wird aber der Bedarf an Personal in etlichen Branchen wachsen: Bis zum Jahr 2030 werden wir aufgrund von Pensionierungen rund 51.000 Pflegekräfte brauchen. Uns fehlen außerdem extrem viele Elementarpädagog:innen. Nur ein Drittel jener, die die entsprechenden Ausbildungen machen, ergreift dann auch den Beruf. Wir können jetzt zwar Mangelverwaltung betreiben, wenn wir aber die Qualität verbessern wollen, müssen wir ausbauen.

Was auffällt: Das sind alles frauendominierte Berufe. Warum ist das so?

Das resultiert daraus, dass Frauen diese Tätigkeiten früher unbezahlt im Haushalt verrichtet haben. Diese und andere Bereiche sind in der Bildungs- und Beschäftigungsexpansion von Frauen in bezahlte Berufe umgewandelt worden. Weil Frauen diese Arbeiten ohnedies im Haushalt verrichten, machen sie es auch im bezahlten Bereich.

Sind diese Jobs gesellschaftlich und finanziell ausreichend anerkannt?



„Viele Berufe, die als ‚kritische Infrastruktur‘ gelten, sind frauendominiert und werden systematisch abgewertet“, sagt Katharina Mader. Sie fordert mehr gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung für diese Tätigkeiten.

Diese Berufe haben eines gemeinsam: Sie werden systematisch abgewertet. Sie werden wirtschaftlich abgewertet, was völlig abstrus ist, wenn man bedenkt, dass sie unser Leben am Laufen halten. Weil Frauen eben auch im Haushalt unbezahlte Care-Arbeit leisten, haben sie eine schwierige Situation bei Arbeitskämpfen, weil es ganz viele Frauen gibt, die die Arbeit im Notfall auch unbezahlt machen (müssen). In der Pandemie ist das wahr geworden: Als Kindergärten und Schulen zusperrten, sprangen Frauen ein und arbeiteten unbezahlt.

Sollten Frauen streiken, um etwas zu verändern?

Das ist eine Variante. Wir haben in Island und der Schweiz gesehen, dass Frauenstreiks etwas bewirken können. Es gab ein großes Solidaritätspotenzial zwischen Frauen, die Care-Arbeiten bezahlt oder unbezahlt verrichten. Wesentlich wäre es, insgesamt hinzuschauen und zu erkennen, wie wichtig diese Berufe und die unbezahlte Arbeit für das Funktionieren unserer Gesellschaft sind. Unbezahlte Arbeit macht etwa 22 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Über die Kollektivverträge hinaus könnten Unternehmen außerdem Diskussionen darüber anstoßen, was gleiche bzw. gleichwertige Arbeit ist und ob das wirklich gleich bezahlt wird.

Wir haben viele Berufe, in die eine Menge Geld fließt und die vielleicht einen finanziellen Mehrwert schaffen. Wo wir aber keinen gesellschaftlichen Mehrwert sehen, da muss eine Umverteilung gesamtgesellschaftlich angegangen und auch in Unternehmen angestoßen werden.

Welche politischen Maßnahmen würden Sie vorschlagen, um die Bedeutung gesellschaftlich notwendiger Arbeit hervorzuheben?

Man könnte viel mit Sensibilisierungs- und Kampagnenarbeit erreichen. Das Klatschen auf den Balkonen in der Pandemie war ein Ausdruck dessen. Man muss nur darauf achten, dass man diese Sensibilisierung in-



Katharina Mader schlägt Alarm: Bis 2030 werden 51.000 Pflegekräfte und viele Elementarpädagog:innen gebraucht. Die Politik müsse endlich handeln und diese Berufe aufwerten.

Die Kreislaufwirtschaft sei ein zentraler Jobmotor. Die Industrie müsse sich auf nachhaltige Produktion und Recycling fokussieren.

stitutionalisiert und nicht verpuffen lässt, wie es in der Pandemie geschehen ist. Viele dieser Berufe werden im staatlichen Kontext oder Umfeld ausgeübt. Das geschieht zum Beispiel in öffentlichen Kindergärten oder auch in Institutionen wie der Volkshilfe oder der Caritas, die vom Staat Förderungen beziehen. Der Staat ist also Finanzier all dieser Arbeiten und könnte als solcher sagen: „Es ist es uns wert, dass wir diese Berufe aufwerten. Deshalb investieren wir hier groß.“ Das wäre im Sinne der ökologischen und gerechten Transformation.

Sehen Sie eine Chance, dass das in naher Zukunft geschieht?

Nein – grundsätzlich nicht und schon gar nicht angesichts der sich gerade verschiebenden politischen Machtverhältnisse. Schlimmer noch: Ich habe das Gefühl, dass wir Anfang der 2000er-Jahre weiter waren und dass konservative und rechte Parteien Gleichstellung nicht als einen Wert sehen.

Apropos Transformation: Wenn es um zukünftig relevante Arbeiten geht, fällt immer wieder das Schlagwort „Green Jobs“. Stecken da nicht auch Profitmaximierung und „Greenwashing“ dahinter?

Sowohl bei der Care-Arbeit als auch bei „Green Jobs“ ist ein wesentliches Thema: Wie sehr lasse ich private Unternehmen da rein und erlaube es ihnen, Profite zu machen? Es braucht ein fixes Regelwerk und staatliche Subventionierungen mit Auflagen, um „Greenwashing“ zu verhindern. Diese Regelungen müssen gar nicht nur die Unternehmensebene betreffen. Es braucht einen gesellschaftlichen und demokratischen Konsens darüber, welche Berufe wir jetzt brauchen, weil wir uns in einer Transformation befinden. Man müsste mit Beschäftigungs-, Aus- und Weiterbildungsgarantien arbeiten, um Branchen gezielt zu fördern und auch für jene Strategien zu entwickeln, die sich verändern werden. Der Tourismus zum Beispiel wird zukünftig wohl anders aussehen. Die Transformation betrifft nicht nur die Industrie. In vielen Branchen wird es tiefgreifende Veränderungen geben.

Welche „Green Jobs“ werden zukünftig wichtiger?

Wichtig sind hier unter anderem Berufe in der Industrie, die mehr auf Kreislaufwirtschaft und Recycling angelegt sind. Davon werden wir abhängig sein. Die

Bahn-Infrastruktur wird ebenfalls viele „Green Jobs“ haben, auch Berufe im zwischenmenschlichen Bereich verursachen kaum Emissionen.

Was sind zum Beispiel relevante Jobs in der Kreislaufwirtschaft?

Das fängt wohl damit an, dass man Sachen produziert, die keine Sollbruchstellen mehr haben. Die Firmen werden nicht mehr nur produzierend, sondern auch servicierend sein. Dann hat jeder Hersteller auch Reparatur- und Servicepersonal, das in regelmäßigen Abständen kommt und zum Beispiel die Waschmaschine repariert. Gerade in der Kreislaufwirtschaft ist es auch vorstellbar, dass man nicht jedes Gerät selbst kaufen muss. Man könnte es mieten, und dann wird serviciert. Mit Reparatur und Instandhaltung kann sehr viel erhalten bleiben. Mit Kreislaufwirtschaft kann auch sehr viel Industrie wieder zurückgeholt werden. Es ist nicht ökologisch, wenn ein Tablet oder Handy in Asien produziert und dann zu uns verschifft wird. Der demografische und ökologische Wandel kann ein Anstoß sein, wieder hinzuschauen und zu sagen: „Diese Berufe brauchen wir!“ ▀

Die Industriepolitik ist zurück!

Vor Jahren totgesagt, haben Klimakrise, zunehmende geopolitische Spannungen und das Wettrennen um die Technologien der Zukunft die gestaltende Industriepolitik wiederauferstehen lassen. Eine grüne Industriepolitik kann uns dabei helfen, Wohlstand und Beschäftigung zu sichern, und uns gleichzeitig in eine grüne und digitale Zukunft führen.

TEXT MICHAEL SODER

Die Industriepolitik erlebt gerade eine Comeback-Tour sondergleichen. Doch sie ist im Grunde nichts Neues. Industriepolitik prägte die wirtschaftliche Entwicklung seit der industriellen Revolution – sei es dadurch, dass man politisch Produktionskapazitäten in der Stahl-, Chemie-, Bahn- und Telekommunikationsindustrie ausbauen wollte, oder indem man sich gegenüber der Konkurrenz aus dem Ausland wappnete. Dazu griff man in den Werkzeugkoffer der Industriepolitik. Förderungen für Investitionen in Maschinen, Produktionshallen und neue Technologien waren auf der Tagesordnung. Aber auch Regulierung stand auf der To-do-Liste. Standards und Normen spielten ebenso eine bedeutende Rolle wie Handelsabkommen und Zölle. Wie so etwas in der Praxis aussehen kann, zeigte erstmals Großbritannien zu Beginn des 19. Jahrhunderts vor: Mit einer aktiven Industriepolitik und den neu entstandenen Schlüsseltechnologien wie der Dampfmaschine, Zügen und der Telegrafie verhalf man dem Land zu beispiellosem wirtschaftlichem Wohlstand. Die industrielle Revolution stellte zu dieser Zeit die Art zu wirtschaften vom Kopf auf die Füße. Doch man sollte sich nicht täuschen: Eine aktive Industriepolitik kann auch Schattenseiten

haben. Auch der Staat kann versagen, und dann wird es für die Steuerzahler:innen teuer – zum Beispiel, wenn Milliarden in sterbende Industriezweige gepumpt werden. Trotzdem haben Regierungen eine glaubwürdige und erfolgreiche Bilanz in der aktiven Gestaltung der Industrie.

Eine grüne industrielle Revolution steht an

Unter dem Vorzeichen der Klimakrise soll die Industriepolitik eine grüne industrielle Revolution auslösen und dadurch ein



MICHAEL SODER

ist Ökonom in der Abteilung Wirtschaftspolitik der Arbeiterkammer Wien und lehrt an der Wirtschaftsuniversität Wien und am FH Campus Wien. Er arbeitet zu Themen des grünen Strukturwandels, zu Industriepolitik und Forschung, Technologie und Innovation.

Zeitalter der Nachhaltigkeit einläuten. Doch wie soll das geschehen? Eine grüne Industriepolitik erfüllt gleich mehrere Aufgaben: Erstens zielt sie auf die Förderung eines sparsamen Umgangs mit Energie und Ressourcen ab. Dazu greift sie auf die Instrumente von Anreizen, Vorschriften und Verboten zurück. Förderungen für den Umstieg auf Wärmepumpen oder Vorschriften zum Recyceln sind zwei praktische Spielarten davon. Zweitens beschleunigt sie die Verbreitung von grünen Technologien. Wie? Indem sie die Produktion fördert und gleichzeitig Absatzmärkte über die öffentliche Beschaffung erschließt. Der Auf- und Ausbau von erneuerbaren Energien, Batterieproduktion und Recycling-Technologien sind prominente Beispiele. Drittens unterstützt sie Kooperationen und die gemeinsame Suche nach Lösungen durch Politik, Zivilgesellschaft und Sozialpartner – etwa über Beratungsgremien in Förderagenturen. In Summe soll eine grüne Industriepolitik dazu beitragen, vielfältige neue Möglichkeiten für naturverträglichen Wohlstand und Beschäftigung zu schaffen und gleichzeitig die Klimakrise zu bekämpfen. Was wir jedenfalls von der Renaissance der Industriepolitik ableiten können: Eine industrielle Revolution steht an, und es liegt an uns, sie sozial gerecht zu gestalten. ▀

Arbeiten am Siedepunkt

Steigende Temperaturen machen den Arbeitsalltag für viele Berufsgruppen zur Hölle. Abhilfe versprechen hier klarere gesetzliche Regelungen, die Arbeitgeber:innen dazu verpflichten, Arbeitsplätze klimafit zu gestalten.

TEXT ALEXIA WEISS



Mobile Pfleger:innen hetzen von Haushalt zu Haushalt. Die Fahrzeiten zwischen ihren Einsätzen sind knapp bemessen, da bleibt im Sommer keine Zeit, das Auto, das womöglich in der prallen Sonne geparkt werden musste, durchzulüften. „Und bis die Klimaanlage greift, bin ich schon beim nächsten Kunden“, erzählt Beatrix Eiletz, Betriebsratsvorsitzende der Volkshilfe in der Steiermark. In den Privathaushalten können wiederum keine Maßnahmen zur Hitzeindämmung vorgeschrieben werden. Die einzig mögliche Gegenstrategie sei es, viel zu trinken und für luftige Kleidung zu sorgen.

In der stationären Pflege wäre es leichter, durch bauliche Maßnahmen für angenehme Temperaturen zu sorgen, sagt Eiletz. Die Praxis sehe aber anders aus: „Klimaanlagen sind auch in Pflegeheimen immer noch nicht Standard.“ Man behelfe sich also mit Maßnahmen wie Sonnenschutz und dem Abdunkeln von Räumen. Das helfe teils zu wenig, in manchen Räumen wie den Küchen gar nicht: „Wenn es ein älteres Haus ist, gibt es da nicht einmal eine g’scheite Lüftung.“ In der Folge leiden nicht nur die Betreuten, sondern auch das medizinische und pflegende Personal, die Mitarbeiter:innen in der Küche, aber auch die Reinigungskräfte, betont Eiletz.

Das Arbeiten bei hohen Temperaturen kann auch der Gesundheit von Arbeitnehmer:innen schaden, gibt Dorottya Kicking, im ÖGB für Sozialpolitik zuständig, zu bedenken. Das können direkte Folgen wie Sonnenstiche oder Hitzschläge sein. Dehydrierung, Schwindel oder Kreislaufprobleme können aber auch zu Arbeitsunfällen führen. Beim Arbeiten im Freien steigt durch die verstärkte UV-Strahlung zudem das Risiko, an weißem Hautkrebs zu erkranken. Stark belastet wird durch die Arbeit bei Hitze aber auch die Psyche der Beschäftigten – vor allem das Stresslevel steigt stark an, wodurch wiederum die Konzentration sinkt.

Kopfschmerzen und Kreislaufprobleme

Diesen Faktor hebt auch Judith Hintermeier hervor. Die Bundesfrauenreferentin in der Daseinsgewerkschaft Younion war selbst viele Jahre als Elementarpädagogin tätig und ist bis heute in engem Kontakt mit den Beschäftigten in Kindergärten. „Bei hohen Temperaturen leiden die Kinder, die Pädagog:innen, aber auch das Unterstützungspersonal unter Müdigkeit und Erschöpfung, bei manchen führt das dann auch zu Kopfschmerzen oder Kreislaufproblemen. Man merkt auch, dass die Kinder beispielsweise beim Schlafen extrem schwitzen.“ Je mehr Menschen sich in einer Gruppe befänden, umso heißer werde es, und das sei eine Katastrophe für Kinder und Beschäftigte, denn dies führe etwa auch zu einem Sicherheitsproblem: Es brauche Konzentration, um kleine Kinder so zu betreuen, dass es zu keinen Unfällen und Verletzungen komme.

Wie viele Pflegeeinrichtungen verfügen auch die meisten Kindergärten über keine Klimatisierung. Das betrifft nicht nur in Altbauten untergebrachte Einrichtungen, sondern auch neue Standorte: „Es gibt superschöne Neubauten mit großen Fenstern, aber es wurde nicht bedacht, wie stark die Sonne dann hineinstrahlt. Wenn das Gebäude nicht von Grün, sondern Beton umgeben ist, heizen sich die Gruppenräume noch mehr auf.“ Sie fordert, dass neue Kindergärten daher anders geplant werden. Bei bestehenden Einrichtungen müsste man sich hingegen ansehen, wie die Hitzespitzen durch Maßnahmen wie den Einbau von Jalousien oder das Aufstellen sicherer Ventilatoren abgefedert werden könnten. In Wien – Kindergärten sind Länderkompetenz – wurde diesen Mai beispielsweise in einem Rundmail der Stadt festgehalten, dass die Raumtemperatur in elementaren Bildungseinrichtungen 27 Grad nicht überschreiten solle.

Von der Pflege bis zum Backshop

Stichwort Temperaturobergrenzen: Das, was dazu derzeit gesetzlich festgelegt ist, entpuppt sich in der Praxis als teils schwammig, wie Kicking kritisiert. Im Arbeitnehmer:innenschutzgesetz (ASchG) werde in Paragraph 66 zum Beispiel lediglich vorgeschrieben, „ge-



Körperliche Schwerarbeit bei hohen Temperaturen: Pfleger:innen sind der Hitze oft völlig ausgeliefert, weiß Beatrix Eiletz, Betriebsratsvorsitzende der Volkshilfe Steiermark.

eignete Maßnahmen zu treffen, damit die Arbeitnehmer:innen keinen erheblichen Beeinträchtigungen durch [...] Hitze [...] ausgesetzt sind oder diese Einwirkungen möglichst gering gehalten werden“. Die Arbeitsstättenverordnung schreibt vor, dass dafür gesorgt werden muss, „dass in der warmen Jahreszeit bei Vorhandensein einer Klima- oder Lüftungsanlage die Lufttemperatur 25 Grad möglichst nicht überschreitet oder andernfalls sonstige Maßnahmen ausgeschöpft werden, um nach Möglichkeit eine Temperaturabsenkung zu erreichen“. Für Bauarbeiter:innen ist ab Temperaturen von 32,5 Grad hitzefrei möglich – aber nicht Pflicht.

Kicking betont zudem, dass bei „Arbeit bei Hitze“ zuallererst an die am Bau Beschäftigten gedacht werde. Unter hohen Temperaturen würden aber Arbeitnehmer:innen in vielen Branchen und Berufen leiden – outdoor, wie Bauarbeiter:innen, Dachdecker:innen oder Gärtner:innen, aber eben auch indoor. Unter jenen, die hier übersehen werden, arbeiten viele in klassischen Frauenbranchen: von der Pflege bis eben zur Elementarpädagogik, von der Arbeit in Küchen und Backshops bis zur Reinigung. Meist seien dies auch körperlich anstrengende Tätigkeiten.

Klimafittes Arbeitsrecht

Das Bündnis „Menschen und Klima schützen statt Profite“ von Arbeiterkammer, Gewerkschaft und Klimabewegung (siehe auch Kasten) setzt sich daher für eine Reform des ASchG und angrenzender Rechtsvorschriften ein. Klare Regelungen und auch Sanktionen brauche es hier für Outdoor-Arbeitsplätze – wie einen Rechtsanspruch auf hitzefrei ab 30 Grad, in systemrelevanten Be-



Die wenigsten Kindergärten verfügen über eine Klimatisierung, kritisiert Judith Hintermeier von der Gewerkschaft Younion. Das sei eine Katastrophe für Kinder und Beschäftigte.

rufen dann eine Höchst Arbeitszeit von acht Stunden –, aber auch für Innenräume. „Es muss ab einer Temperatur von 25 Grad einen verpflichtenden Maßnahmenkatalog geben, um unter 30 Grad zu bleiben“, betont Kickinger. Auch für Indoor-Tätigkeiten wünscht sie sich aber hitzefrei ab 30 Grad, solange der:die Arbeitgeber:in keine kühlere Alternative anbietet.

Der Klimawandel sei da, betont Kickinger, man müsse den steigenden Temperaturen ins Auge sehen. Die Anzahl der Hitzetage mit über 30 Grad sei kontinuierlich im Steigen, und auch die Zahl der Tropennächte, in denen die Temperatur nicht unter 20 Grad sinke, nehme zu. Durch bauliche Maßnahmen wie entsprechend gedämmte Gebäude, aber auch Beschattung und Kühlung sei es möglich, die Hitze aus Gebäuden draußen zu halten. Im Außenbereich wiederum gelte es, viel mehr an Hitzeschutzmaßnahmen zu denken – vom Sonnensegel bis zu oftmaligen Pausen in kühlen Räumen sowie ausreichender Flüssigkeitszufuhr. Letzteres wäre auch dort wichtig, wo aufgrund der Produktionsbedingungen hohe Temperaturen herrschen, wie etwa in Gießereien oder Backstuben. „Wir brauchen klimafitte Arbeitsplätze, und die werden wir nur mit einem klimafitten Arbeitsrecht erreichen können“, betont Kickinger. „Warum sind zum Beispiel immer noch nicht alle Fahrer:innenkabinen gekühlt? Lenker:innen können auch nicht ausreichend trinken, da ihnen nicht ständig eine Toilette zur Verfügung steht.“ Die Arbeitswelt und die Arbeitsbedingungen verändern sich durch die immer höheren Temperaturen. „Wir brauchen eine Rechtsgrundlage, die darauf abgestimmt ist, sodass Menschen gesund bleiben.“ ▮

DREI FRAGEN ZUR KLIMAFITTE ARBEITSWELT

an Josef Muchitsch, Vorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz und Nationalratsabgeordneter

1 / Das Bündnis „Menschen und Klima schützen statt Profite“ aus AK, Gewerkschaften und Klimabewegung hat ein Bündel an Forderungen für eine klimafitte Arbeitswelt vorgelegt. Sie haben diese im Nationalrat als Entschließungsantrag eingebracht. Was sind die Eckpunkte dieses Pakets?

Wir fordern eine Reform des Arbeitnehmer:innen-schutzgesetzes, um hitzefrei ab 30 Grad zu ermöglichen. Das Paket umfasst echte Temperaturobergrenzen für Innenräume mit einer Maximaltemperatur von 30 Grad, verpflichtende Maßnahmen ab 25 Grad sowie hitzefrei, und zwar bezahlt, für Outdoor-Beschäftigte ab 30 Grad, wenn keine kühlere Alternative angeboten wird. Weiters fordern wir spezielle Regelungen für öffentliche Infrastrukturbereiche und Hitzearbeitsplätze, wie vorausschauende Dienstplanung, Verbot von Mehrarbeit an Hitzetagen und jährliche Hautuntersuchungen. Der Entschließungsantrag im Nationalrat soll die Regierung zum Handeln bewegen.

2 / Warum ist es nötig, solche Regelungen gesetzlich zu verankern?

Nur so können wir den Gesundheitsschutz für die Arbeitnehmer:innen gewährleisten. Der Klimawandel führt zu immer häufigeren und intensiveren Hitzewellen, die ernste gesundheitliche Risiken darstellen. Die Gesetze sind nicht mehr zeitgemäß und müssen an den Klimawandel angepasst werden. Wir brauchen neue gesetzliche Schutzmaßnahmen, die verbindliche Standards schaffen – und zwar für alle Unternehmen.

3 / Wird es auch Sanktionen für Arbeitgeber:innen bei Nichteinhaltung dieser Vorgaben brauchen?

Ja, leider werden wir auch Sanktionen für Arbeitgeber:innen brauchen, die sich nicht an die Vorgaben halten. Das ist notwendig, um die „schwarzen Schafe“ unter den Arbeitgeber:innen zur Verantwortung zu ziehen. Sie dienen als Abschreckung und gewährleisten die Durchsetzung der gesetzlich festgelegten Standards.

Was beschäftigt euch gerade?

Betroffen von außer- und innerbetrieblichen Entwicklungen und aktuellen Herausforderungen hat jedes Betriebsratsmitglied seine ganz eigene Geschichte zu erzählen. Dafür interessieren auch wir uns! Was gibt es zu erzählen?



MARTIN SCHILCHER ARBEITERBETRIEBSRATSVORSITZENDER BEI MONDI FRANTSCHACH

Die Papiermaschinen laufen an 365 Tagen, ohne Pause. Der Durchfahrbetrieb innerhalb der Papierindustrie birgt eine der größten Herausforderungen derzeit. Wichtig wird es sein, Mitarbeiter:innen zu gewinnen, die sich der Schichtarbeit in diesem Maße annehmen. Das ist nur möglich, wenn gute Gehälter geboten werden und wir ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Freizeit schaffen können.



MONIKA MAYERHUBER BETRIEBSRATSVORSITZENDE BEI EVN

Wir bieten Strom- und Gasprodukte sowie energienahe Dienstleistungen an. In den letzten Jahren stand der Energiemarkt vor vielen Herausforderungen, angefangen mit der Corona-Pandemie, gefolgt von Kriegen und der Klimakrise. Die Kolleg:innen sind einer noch nie da gewesenen Flut von Kund:innenanfragen ausgesetzt und stehen unter immensm Druck. Allmählich stabilisiert sich die Situation jedoch wieder.



GÜNTER MIKULA KONZERNBETRIEBSRATSVORSITZENDER BEI AMAG

Aktuell warten wir darauf, dass die Wirtschaft wieder einen Aufschwung erfährt. Die verringerte Auftragslage verunsichert die Kolleg:innen. Werde ich gekündigt? Wird es Zusammenlegungen geben? Ein zweites großes Thema ist die Dekarbonisierung. Wir sind eine gasträchtige Industrie, und wir benötigen Strom. Hier setzen wir auf einen Wandel hin zu Wasserstoff, um unserem Ziel der Klimaneutralität näher zu rücken.

Bitte einsteigen!

System Change: Nach deutschem Vorbild hat sich in Österreich ein Bündnis aus Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr und Klimaschützer:innen formiert. Der Name „Wir fahren gemeinsam“ ist dabei Programm.

TEXT CHRISTIAN BUNKE

Freitag, 31. Mai 2024, kurz vor den Wahlen zum Europaparlament: Die Klimaschützer:innen von „Fridays for Future“ haben zur Demonstration vor die Wiener Votivkirche geladen, um für eine klimagerechte EU-Politik und gegen einen drohenden Rechtsruck auf die Straße zu gehen. Es regnet in Strömen, und das wird den ganzen Marsch hindurch so bleiben. Das schlechte Wetter konnte Gregor Stöhr, Ersatzbetriebsrat beim Busunternehmen Dr. Richard in Niederösterreich, jedoch nicht davon abhalten, hierherzukommen. Ge-

meinsam mit jungen Aktivist:innen stimmt er durch das Megafon Sprechchöre an.

Stöhr ist einer von 15.000 Busfahrer:innen, die vor allem im ländlichen Raum und in städtischen Außenbezirken den öffentlichen Nahverkehr am Laufen halten. Man erkennt ihn schon von Weitem an seinem weißen T-Shirt. „Streikbereit“ ist darauf zu lesen, wie auch das Logo seiner Gewerkschaft, der *vida*. Außerdem prangen darauf die Schriftzüge der Organisationen „Fridays for Future“ und „System Change not Climate Change“. Und ganz in der Mitte,

auf der Brust, in großen Buchstaben das Motto, das Gregor Stöhr ständig auf den Lippen führt: „Wir fahren gemeinsam.“

Politische Fahrgemeinschaft

„Wir fahren gemeinsam“ ist eine simple Idee mit einem großen Vorbild aus Deutschland. Dort hat sich in den vergangenen Jahren ein Bündnis mit dem Namen „Wir fahren zusammen“ zwischen der Klimabewegung und der Gewerkschaft *ver.di* entwickelt. Als dort vor einigen Monaten



in über 70 Städten die Kolleg:innen des öffentlichen Nahverkehrs im Rahmen der Tarifrunde Nahverkehr 2024 streikten, gingen vielerorts auch Klimaaktivist:innen mit ihnen auf die Straße und besuchten Streikposten, um die Forderung nach einer gerechten Verkehrswende in Deutschland zu unterstützen. Während das deutsche Bündnis schon seit mehreren Jahren existiert, hat die österreichische „Wir fahren gemeinsam“-Struktur erst einige Monate auf dem Buckel. Beteiligt an dem Bündnis sind Gruppen aus der Klimagerechtigkeitsbewegung wie „System Change not Climate Change“ oder „Fridays for Future“ sowie die österreichische Gewerkschaft vida, die unter anderem Eisenbahner:innen und Busfahrer:innen organisiert. Dabei geht es um eine einfache Prämisse: Der für die soziale und ökologische Transformation nötige Ausbau des öffentlichen Verkehrswesens wird nicht ohne gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten funktionieren.

Aufgrund mieser Arbeitsbedingungen sind Busfahrer:innen in Österreich auf der Liste der Mangelberufe. Das bedeutet: Wenn heute zusätzliche neue Busse angeschafft würden, gäbe es längst nicht genügend Arbeitskräfte, um diese auch zu betreiben. Schon seit Monaten wird in



Der strömende Regen hält den Busfahrer und Ersatzbetriebsrat Gregor Stöhr nicht davon ab, für eine klimagerechte EU-Politik zu demonstrieren.

Österreich der Rahmen-Kollektivvertrag für Busfahrer:innen in privaten Busunternehmen neu verhandelt. In ihm geht es um Arbeitsbedingungen oder auch um Arbeitszeiten. Die Löhne werden in der ab Herbst beginnenden Lohnrunde verhandelt. Die Gespräche gestalten sich schwierig. „Die Arbeitgeberseite sagt uns immer, dass sie offen für Reformen ist, verlangt aber gleichzeitig Kostenneutralität“, sagt Gregor Stöhr. „Das kann sich aber niemals ausgehen.“

12-Stunden-Arbeitstage

Rund 200 private Busbetriebe gibt es in Österreich, die vor allem im ländlichen Raum und in den städtischen Außenbezirken Buslinien im Auftrag von Kommunen und Bundesländern betreiben. Die Arbeitsbedingungen sind oft haarsträubend, Zwölf-Stunden-Arbeitstage keine Seltenheit. „Wir fahren vier Stunden durch, dann haben wir eine halbe Stunde Pause. Meistens gibt es aber keine Pausenräume und keine sanitären Anlagen. Das bedeutet, dass die Fahrer:innen ihre Notdurft im öffentlichen Raum verrichten. „Das regt dann natürlich Passant:innen auf“, sagt Stöhr. Im Zeitalter sozialer Medien kann das für die Fahrer:innen entwürdigende Konsequenzen haben. So kursieren im Internet von entrüsteten Passant:innen erstellte Videos von Fahrer:innen, die an einem

Baum in der Nähe der Endhaltestelle ihrer Linie ihr Geschäft verrichten. Zusätzlich berichtet die Gewerkschaft vida davon, dass vor allem im Winter öfters Geldstrafen verhängt werden, weil Fahrer:innen während ihrer Pause zwecks Beheizung den Motor ihres Busses laufen lassen, um es warm zu haben. Das ist aber laut österreichischem Kraftfahrzeuggesetz strafbar.

Klima bewegt

Dominik Kölbl ist von Beginn an bei „Wir fahren gemeinsam“ dabei. Kölbl ist außerdem bei der antikapitalistischen Klimagerechtigkeitsbewegung „System Change not Climate Change“ aktiv. „Ich verstehe die Klimabewegung als eine soziale Bewegung“, sagt Kölbl. „Und deshalb war es mir wichtig, über den bestehenden aktivistischen Bubble-Rand zu blicken. Wir möchten die Klimafrage und soziale Fragen zusammenbringen. Bei den Busfahrer:innen wird das sehr gut sichtbar. Ohne gute Arbeitsbedingungen für die Fahrer:innen funktioniert ein für den Klimaschutz nötiger Ausbau des öffentlichen Verkehrs nicht. Wir müssen über Arbeitsbedingungen reden. Wir müssen die betroffenen Personen einbeziehen. Wir müssen darüber reden, wie die Arbeitsplätze der Zukunft aussehen sollen.“ Aufgrund zahlreicher Einzelgesprä-





Für Dominik Kölbl von „System Change not Climate Change“ ist die Klimafrage eine soziale Frage: Ohne bessere Arbeitsbedingungen für Busfahrer:innen werde ein Ausbau der Öffis nicht gelingen.

che mit Busfahrer:innen, dem Herzstück der „Wir fahren gemeinsam“-Kampagne, hat Kölbl inzwischen einen detaillierten Einblick in deren Probleme und Arbeitsalltag bekommen. „Die Toilettenfrage ist in wirklich jedem Gespräch aufgekommen“, so Kölbl. „Aber auch die langen Arbeitszeiten waren immer wieder Thema. Viele haben erzählt, dass ihnen ein Privatleben deswegen nur mehr schwer möglich ist und sie zwischen ihren Schichten ihre Kinder gar nicht mehr zu Gesicht bekommen. Das ist mir sehr in Erinnerung geblieben.“ Zu Beginn habe es durchaus Vorbehalte seitens der Busfahrer:innen gegenüber den Klimaaktivist:innen gegeben. „Aber wir sind dann sehr schnell ins Gespräch gekommen“, erzählt Kölbl. Inzwischen gab es sogar eine eigene Demo von „Wir fahren gemeinsam“ in Wien, bei der ein Autobus der Gewerkschaft vida mitgefahren ist und Busfahrer:innen und Klimaaktivist:innen gemeinsam an der Spitze der Demo marschiert sind. „Das war ein voll starker Auftritt. Und auch die Arbeitgeberseite spürt inzwischen, dass wir da ein starkes Bündnis haben und wir gemeinsam handlungsfähig sind. Das hat sich auch bei den KV-Verhandlungen bemerkbar gemacht.“

Auch Gregor Stöhr gesteht, anfangs nichts mit Klimaaktivismus anfangen haben zu können. Er habe auch von der

Vorbild-Kampagne in Deutschland nichts mitbekommen, in den Medien sei darüber nicht berichtet worden. Aber als die jungen Klimaaktivist:innen auf der Betriebsrätekonferenz aufgetreten seien, sei das ein großes Aha-Erlebnis gewesen. „Beim Reden kommen die Menschen zusammen.“ Inzwischen ist er von den Aktivist:innen durchwegs begeistert. „Wir hatten bei den Kollektivvertragsverhandlungen immer das Problem, wie wir in die kleinen Betriebe reinkommen. Wenn wir einen Arbeitskampf führen wollen, müssen wir dafür möglichst viele Kolleg:innen erreichen. Das machen die Klimaaktivist:innen. Sie gehen zu den Bahnhöfen, reden mit den Fahrgästen und mit den Fahrer:innen. Das ist eine unschätzbare Arbeit von ‚System Change not Climate Change‘. Und was mich besonders begeistert, ist, dass die das ehrenamtlich machen.“

Für eine lebenswerte Zukunft

Neben der Forderung nach Pausenräumen und kürzeren Fahrzeiten wollen die Busfahrer:innen unter anderem auch eine bessere Anerkennung von Berufserfahrung und Vordienstzeiten. „Die Verträge für die Busfirmen laufen auf acht bis zehn Jahre“, sagt Gregor Stöhr. „Wenn danach ein anderes Busunternehmen die Ausschrei-

bung für eine Busroute gewinnt, werden die Fahrer:innen zwar in der Regel übernommen, aber die Vordienstzeiten werden nicht angerechnet. Sie fangen wieder in einer niedrigen Gehaltsstufe an. Wir wollen schnellere Gehaltssprünge, Sonntagszuschläge und Verbesserungen bei den Nachzuschlägen.“

Der durch die „Wir fahren gemeinsam“-Kampagne erzeugte Druck scheint eine erste Wirkung zu zeigen: Anfang Juni gab es Bewegung auf der Arbeitgeberseite. Die Busunternehmen stimmten unter anderem einer Anrechnung von Vordienstzeiten von maximal zehn Jahren zu. Für die Kampagne kann das zwar nicht mehr als ein kleiner Anfangserfolg sein, für die weitere Arbeit sieht man sich allerdings gut aufgestellt: Regelmäßige Aktivist:innentreffen wurden etabliert, an denen auch Fahrer:innen aus den Betrieben teilnehmen. Im Mai fand ein erstes Aktivist:innentreffen in Oberösterreich statt. „Ich danke den jungen Klimaaktivist:innen“, so das Fazit von Gregor Stöhr. „Ich weiß, wie trostlos es für junge Menschen aussieht. Wir atmen alle dieselbe Luft, und das Klima geht uns alle an. Busfahrer:in im öffentlichen Verkehr ist der grüne Job schlechthin. Ich will bessere Arbeitsbedingungen. Und ich will, dass meine drei Kinder eine lebenswerte Zukunft haben.“ ▸

Georg Feigl, Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien

Zusammengefasst von Irene Steindl

Klimaschutz-Potenzial der Städte und Gemeinden heben

Städte und Gemeinden sind zentral für den Klimaschutz und für nachhaltiges Wohlergehen. Bis spätestens 2040 müssen sie ihre Daseinsvorsorge, wie Wasserversorgung, Müllentsorgung, Mobilität, Kinderbetreuung und öffentliche Freizeitangebote von fossilen Energieträgern auf klimafreundliche Alternativen umstellen. Gleichzeitig muss mehr in kommunalen Klimaschutz investiert werden, etwa in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, in Photovoltaik oder in Baumpflanzungen. Das Problem dabei: Die Finanzen von Städten und Gemeinden haben sich deutlich verschlechtert. Gleichzeitig steigt auch der Investitionsbedarf für andere Bereiche wie Bildung, Kinderbetreuung oder die Anpassung an stärkere Wetterextreme. Die Möglichkeiten für Kürzungen an anderer Stelle sind gering.

Die Bundesregierung hat zwar ein kommunales Investitionsprogramm und den Zukunftsfonds auf die Beine gestellt, die heuer zusammen über zwei Milliarden Euro für Länder, Städte und Gemeinden bereitstellen. Diese Schritte reichen aber nicht aus, um das immense mittelfristige Klimaschutzpotenzial auszuschöpfen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Budgetregeln der EU die öffentlichen Finanzierungsmöglichkeiten beschränken. Helfen könnte ein kommunaler Klima-Investitionsfonds des Bundes für Städte und Gemeinden, damit diese gezielt in Klimaschutz investieren können. Analog zur milliardenschweren Umbauförderung für die Industrie soll es auch für sie mehr langfristig planbare Mittel geben – idealerweise sogar mit einem Zeithorizont bis 2040. Priorität sollten die Sanierung öffentlicher Gebäude und der Ausbau von Rad- und Gehwegen, öffentlichem Verkehr sowie eigener Strom- und Wärmeproduktion haben. Das könnte auch die schwächelnde Baukonjunktur beleben.

Fazit: Städte und Gemeinden haben großes Investitionspotenzial im Klimaschutz. Dieses Potenzial zu nutzen macht den sozial-ökologischen Umbau vor Ort erlebbar und zeigt die Vorreiterrolle der öffentlichen Hand.

So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach:
A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/blog-abo



Grüne Rebellen



In Kolumbien schließt ein Großkonzern plötzlich mehrere Kohleminen und entlässt Tausende Arbeiter:innen. Die Geschichte des Gewerkschafters Robinson Baez erzählt, wie Beschäftigte den Umständen zum Trotz Pionier:innen einer grünen Wende wurden.

TEXT JAKOB RAMMER

Nordkolumbien. Ein Vormittag im April 2020, inmitten der COVID-Pandemie. Tausende Beschäftigte des Kohlekonzerns Prodeco, einer zwielichtigen Tochterfirma des Schweizer Bergbauriesen Glencore, werden telefonisch vor die Wahl gestellt: Entweder sie stimmen dem Kündigungsplan „freiwillig“ zu, oder sie werden entlassen. Zwei Stunden haben sie Zeit,

um zu entscheiden. Zusätzlich zur offenen Drohung lockt der Konzern mit einer Einmalzahlung von umgerechnet 11.000 Euro. Aus Angst und Verzweiflung stimmen viele Arbeiter:innen zu.

Doch einige bereits im Vorfeld gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte halten dagegen. Um die 50 Personen, darunter auch Robinson Baez aus der Gewerkschaft Sintracarbón, entschließen sich, gegen den Konzern und für einen sozial gerechten Ausstieg aus dem ausbeuterischen Kohlektor zu kämpfen – und wurden dadurch Pionier:innen einer „Just Transition von unten“.

Wenn der Kohleausstieg zur Katastrophe wird

Die plötzlichen Minenschließungen im Norden Kolumbiens zeigen auf dramatische Weise, wie die Energiewende nicht geschehen sollte. Neben den verzweiferten Beschäftigten hinterließ Prodeco den lokalen Gemeinschaften eine zerstörte Umwelt und gravierende Gesundheitsschäden. Der Abzug des internationalen Konzerns verursachte zudem ein wirtschaftliches Desaster, denn das Leben in der Region war vom Kohlebergbau abhängig, sagt Robinson Baez: „Viele Menschen verließen das Gebiet. Die Häuser wurden verkauft. Die Restaurants teilten die Öffnungszeiten unter sich auf, um zu überleben.“ Die Regierung war vollkommen überrumpelt und aufgrund fehlender gesetzlicher Schließungsregelungen machtlos. Somit konnte sich der Konzern einfach aus der angerichteten sozialen und ökologischen Katastrophe zurückziehen. Aber nach Angaben von Robinson Baez nutzte Prodeco die Schließung nur als Vorwand, um die Ausbeutung noch zu verstärken. So schuf der Konzern angeblich ein Netzwerk aus Kleinunternehmen, welche die Minen weiterbetrieben, und nutzte dafür auf perfide Weise die Not der gefeuerten Arbeiter:innen aus. „Sie fragten: ‚Willst du Arbeit? Ja? Aber du wirst nicht mehr direkt bei der Firma arbeiten. Außerdem werde ich dein Gehalt kürzen. Wenn nicht, bleibst du





eben auf der Straße“, erzählt Robinson. Die Kleinunternehmen würden die Kohle dann billig an den Konzern verkaufen, der damit auf dem Weltmarkt satte Gewinne einstreiche – auf Kosten der Umwelt und der verzweifelten Beschäftigten (siehe Infokasten).

Kohlearbeiter:innen drücken die Schulbank

Trotz des massiven Machtungleichgewichts erzielten die Gewerkschaften Erfolge gegen den Konzern: Sie konnten Prodeco gerichtlich zur Rücknahme der Entlassungen sowie zu Lohnfortzahlungen für Gewerkschaftsmitglieder und kranke Arbeiter:innen zwingen. Das schaffte erst mal Raum für einen Blick nach vorne. Und den nutzten Robinson Baez und seine Kolleg:innen: Ab dem Jahr 2021 entwickelten sie in Zusammenarbeit mit einem Forschungsteam der lokalen Universität, der Universidad de Magdalena, ein Umschulungsprojekt, den ersten „Diplomlehrgang für eine gerechte Bergbau- und Energiewende“ Kolumbiens. Der Lehrplan setzt am Wissen der Beschäftigten an und thematisiert eine breite Palette an Inhalten, zum Beispiel technische Kurse zu erneuerbaren Energien sowie ökonomische und juristische Kurse zu Unternehmensgründung und Management. Finanzielle Hilfe kam dabei von der Heinrich-Böll-Stiftung und der niederländischen Gewerkschaft CNV. Der erste Lehrgang endete im November 2023. Neben 20 ehemaligen Kohlearbeiter:innen schlossen ihn auch 20 Frauen und indigene Menschen aus der Region ab. Einer der beteiligten Gewerkschafter sagt im Rückblick: „Wir bekamen eine klarere und umfassendere Vision davon, wie die Energiewende angegangen werden sollte – nicht nur in Kolumbien, sondern weltweit. Als Arbeiter:innen in der Industrie waren wir immer sehr auf technische Fragen konzentriert, aber im Diplomkurs wurde unser Blick für soziale, ökologische und globale Fragen der Energiewende geöffnet.“

Mit dem erlangten Wissen gründeten 23 der Absolvent:innen im März 2024 „Coomustier“ – eine grüne Genossenschaft. Die Unternehmensform ermöglicht nicht nur betriebliche Mitbestimmung für alle Mitglieder, sondern auch ein solidarisches Aufteilen der Einnahmen. Die Genossenschaft bietet technische Services an, vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien, und nutzt dazu die breite Expertise und langjährige Erfahrung ihrer Mitglieder. Im Mittelpunkt steht dabei nicht der Profit, sondern der soziale Beitrag für die lokale Gemeinschaft, betont Mitbegründer José María Ladeut: „Was wir mit dieser Genossenschaft wollen, ist, zur Gesellschaft etwas beizusteuern. Wenn es gut funktioniert, könnte es ein Pilotprojekt sein, sodass andere Gemeinden unserem Modell folgen können.“ So will die Genossenschaft nicht nur solide Arbeitsplätze schaffen, sondern auch den Energiezugang indigener Gemeinschaften vorantreiben. Darüber hinaus ist Bildung ein wesentliches Tätigkeitsfeld, unterstreicht Robinson Baez: „Die Genossenschaft erfüllt mich mit großer Hoffnung, darin sehe ich die Zukunft von Umschulung und beruflicher Bildung.“ Dabei geht es vor allem um die Ausbildung von Arbeitslosen und die Umschulung ehemaliger Kohlearbeiter:innen. Finanzielle Starthilfe gab es dazu von CNV, der Umweltorganisation 350.org sowie der Ford Foundation. Erster Kunde ist die Universidad de Magdalena, mit dem Auftrag, den Bildungsbedarf im Kohlektor zu ermitteln und erste Umschulungskurse zu geben.

Kapital versus Kohle

Mit der Gründung einer grünen Genossenschaft haben die ehemaligen Kohlearbeiter:innen einen großen Erfolg erkämpft, der die Bedeutung gesellschaftlicher Solidarität und internationaler Zusammenarbeit unterstreicht. Dabei soll es aber nicht bleiben: Die Pionier:innen wollen ihre Genossenschaft zum Modell eines sozial gerechten Kohleausstiegs in Kolumbien machen. Möglichkeiten



Wo der Bergbau ankommt, folgt die Zerstörung

Eine kurze Geschichte über den Rohstoffabbau in Kolumbien – von Jakob Rammer

Die gewaltvolle Geschichte des Rohstoffabbaus für den Export geht in Kolumbien zurück bis in die Kolonialzeit. Zwangsarbeit, brutale Vertreibungen und Umweltzerstörung gelten als Treiber des internen Konflikts. Im Norden vertrocknen ganze Regionen wegen des Kohleabbaus, und vielerorts vergiftet Quecksilber für den Goldabbau Flora und Fauna. Es sind vor allem Gold, Smaragde, Öl und Kohle, aber zunehmend auch Mineralien wie Kupfer, die internationale Bergbaukonzerne wie Glencore oder AngloGold Ashanti anlocken. Fast alles davon wird exportiert. Auch der Großteil der Profite fließt zu den Konzernen im Globalen Norden. Auf die geringen Steuereinnahmen ist die Regierung in der Hauptstadt Bogotá finanziell stark angewiesen. Noch abhängiger sind die betroffenen Regionen: Im Norden Kolumbiens macht allein der Kohlesektor bis zu 40 Prozent des BIP aus. Während die meisten Einnahmen abfließen, leiden die Abbauregionen umso stärker unter den bereits genannten Auswirkungen, allen voran indigene und afrokolumbianische Volksgruppen. Widerstand gegen die Ausbeutung unterdrücken die Konzerne regelmäßig mithilfe von Gangs und rechten Milizen, und so sind Entführungen und Morde an Gewerkschafter:innen und sozialen Aktivist:innen an manchen Orten fast alltäglich. In diesem zerrütteten Kontext gibt es nur eine Gewissheit: Wo der Bergbau ankommt, folgt die Zerstörung.

.....

Jakob Rammer
studiert Internationale Entwicklung und forscht zu Rohstoffabhängigkeiten und grünem Wasserstoff in Lateinamerika. Im Jahr 2023 begleitete er den Widerstand gegen ein geplantes Kupferbergwerk in Jericó und beschäftigte sich zudem mit dem Kohleausstieg in Nordkolumbien und dessen sozial-ökologischen Folgen.

sieht Robinson Baez dafür viele. Er, ein Eisenbahner, könne beispielsweise im Ausbau öffentlicher Verkehrsnetze mitwirken: „Jetzt, wo Präsident Petro ein öffentliches Eisenbahnnetz schaffen will, könnten wir die nötigen Arbeitskräfte trainieren.“ Zudem starten einige Mitglieder 2025 eine Ausbildung zum:zur Ingenieur:in für erneuerbare Energien. Darin lernen sie die Planung und Installation erneuerbarer Energiesysteme, womit die Genossenschaft unter anderem den Aufbau von Energiegemeinschaften in ländlichen Regionen unterstützen will. Dafür braucht es aber vor allen Dingen eine Finanzierung. Zwar sei der Austausch mit den staatlichen Stellen dazu im Grunde positiv, aber letztlich fehle dem Staat das Geld für die nötigen umfassenden Investitionen. Erschwerend komme hinzu, dass starke Kapitalinteressen den Kohleausstieg in Kolumbien blockieren. „In Wahrheit hängt das nicht an Kolumbien“, meint Robinson Baez. „Es hängt am globalen System und an den Ländern und Konzernen, die weiter von der Kohle profitieren wollen.“

Es geht nur gemeinsam

Für einen sozial gerechten Übergang braucht es also sowohl die Schaffung finanzieller Spielräume als auch ein Ende der Ausbeutung. Dafür muss der Globale Norden endlich schon lange notwendige Maßnahmen ergreifen. Vorschläge liegen auf dem Tisch: einen Schuldenschnitt für den Globalen Süden, strengere Regulierungen internationaler Konzerne, eine gerechte Handelspolitik sowie umfassende Klimakompensationen. Schlussendlich zeigen die Erfahrungen in Kolumbien, dass eine sozial gerechte Energiewende nur global erkämpft werden kann. Aber wie kommen wir dahin? Durch internationale Solidarität im Arbeitskampf, meint Robinson Baez. „Wenn wir Arbeiter:innen in der Welt nicht vereint sind, werden die notwendigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen nicht stattfinden.“ ▸

Gemeinschaftsgeist und roter Rauch

Die Umbrüche in der Industrie haben Umweltschäden sichtbar gemacht, aber auch zum Verlust von Arbeitsplätzen geführt. Fossilfreie Produktion bietet Hoffnung, aber in der neuen Arbeitswelt ging das Sicherheitsgefühl einer festgefügteten Gemeinschaft verloren.

TEXT BRIGITTE PELLAR

Die Umbrüche der Industrieproduktion machten die Schäden für Umwelt und Gesundheit sichtbar, zerstörten aber auch die Einheit von Arbeitswelt und Lebenswelt für die Beschäftigten. Stefan Backiu und Åsa Melin, zwei Wissenschaftler:innen der Universität Karlstad, untersuchten diese Entwicklung am Beispiel der schwedischen Stahlstadt Hofors. Die Erinnerung an eine stolze Vergangenheit stand zunächst im Zentrum der Gespräche. Erst nach und nach kam heraus, dass sich die dort Arbeitenden und Wohnenden auch deutlich an die negativen Erfahrungen, an starre Betriebshierarchien, aber auch an Umwelt- und Gesundheitsschäden erinnerten.

Industriemülldeponien vergifteten den Boden, Industrieabwässer wurden in Flüsse und Seen geleitet, zwei Seen verschwanden durch Aufschüttung ganz. Die Gesprächspartner:innen erinnerten sich an den roten Rauch aus den Schornsteinen vor der Umstellung auf Elektrosysteme, der es unmöglich machte, die Wäsche im Freien aufzuhängen und die Fenster zu öffnen. Auch die Arbeitsbedingungen im Werk boten wenig Anlass zur romantischen Verklärung der Vergangenheit. Die Produktionshallen wurden als dunkle Höhlen geschildert, schwarz und dreckig. Erst die Modernisierung in den 1970er-Jahren brachte das Ende der extremen Luftverschmutzung und eine bessere Arbeitsplatzsituation. Das war nicht zuletzt dem Einsatz der Vertreter:innen der Wohngemeinde und der Gewerkschaft zu verdanken, die in Schweden auch die Interessenvertretung im Betrieb wahrnimmt. Beliebte bei der Unternehmensleitung machten sie sich mit ihrem Engagement nicht gerade.

Viel Hoffnung für das Überleben des Standorts ist mit der Entwicklung der fossilfreien Stahlproduktion verbunden. Aber das Gefühl bedrückt, dass der „Geist von Hofors“, der Zusammenhalt in einer festgefügteten Gemeinschaft, für immer verloren sei. Dieser Verlust des Bodens unter den Füßen nicht nur in Hofors ist vielleicht einer der Gründe des Zulaufs zu den Rechtsparteien auch aus den Reihen der Arbeitnehmer:innen. ▶

Beim europäischen Aktionstag der Stahlindustrie 2024 klare Position der Gewerkschaft: Deindustrialisierung ist der falsche Weg aus der Klimakrise



Klimaschutz oder Arbeitsplätze? Beides!



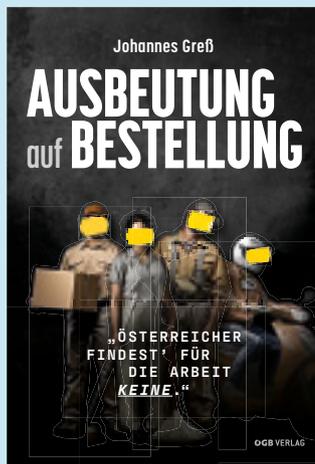
MARTIN REITER
LEITER DES ÖGB-KLIMABÜROS

Was glauben Sie: Aus welcher Zeit stammt folgendes Zitat? „Wir vernichten unsere Umwelt, düngen die Erde mit Gift, verdunkeln den Himmel, schaffen künstliche Dunstglocken aus Gas. Wir sind dabei, die gute alte Erde zu ermorden.“ Dieses Zitat wirkt aufgrund seiner Dringlichkeit sehr aktuell. Tatsächlich ist es über 50 Jahre alt und stammt aus einem Artikel der ÖGB-Zeitschrift „Solidarität“. Das zeigt: Die Lebensfähigkeit unseres Planeten bzw. konkreter die Überlebensfähigkeit der Menschheit sind Fragen, die Gewerkschaften schon seit vielen Jahrzehnten beschäftigen.

Ungefähr zur selben Zeit, Anfang der 1970er-Jahre, begannen in Nordamerika Bemühungen der Gewerkschaft der Öl-, Chemie- und Atomarbeiter:innen, gemeinsam mit Umweltschützer:innen aktiv zu werden. Anlassfall waren dabei Gesundheits- und Sicherheitsfragen in Raffinerien der Firma Shell. Die Vertiefung dieser Kooperationen führte schließlich in den 1990er-Jahren zur Herausbildung des Begriffs „Just Transition“ – der Forderung nach einem gerechten Übergang in eine umwelt- und klimagerechte Wirtschafts- und Arbeitswelt. Wichtig war den Pionier:innen dieser Zeit dabei die Losung, dass es tatsächlich nicht um die Wahl Jobs oder Umwelt gehe, sondern dass es vielmehr das eine nicht ohne das andere geben könne.

Der Begriff etablierte sich rasch in der nordamerikanischen Gewerkschaftsarbeit und wurde in weiterer Folge auch auf die internationale Ebene gehoben. Dem Engagement der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist es schließlich zu verdanken, dass der Begriff „Just Transition“ und die Forderung nach der Schaffung guter und qualitativ hochwertiger Beschäftigung auch im Klimaabkommen von Paris Erwähnung findet.

Der Erfolg des Begriffs zeigt aber auch, dass die Gewerkschaftsbewegung die Deutungshoheit darüber verteidigen muss. Mit Blick auf die Begriffsgeschichte muss betont werden, dass es sich bei unseren Forderungen nach guten Jobs, einer aktiven und gestaltenden Rolle der öffentlichen Hand, sozialer Absicherung und demokratischer Mitbestimmung nicht um ein Themenfeld neben vielen weiteren in der Klimapolitik handelt, sondern diese vielmehr die notwendige Basis sind, mit der ambitionierte Klimapolitik überhaupt erst möglich wird. ▀

Neuerscheinungen aus dem ÖGB-Verlag**Buch**

Ausbeutung auf Bestellung

„Österreicher findest' für die Arbeit keine.“

Johannes Greß

ÖGB Verlag | 2024 | 200 Seiten | EUR 19,90
ISBN 978-3-99046-697-1

In Österreich arbeiten ungarische Paketzusteller bis zu 17 Stunden täglich und syrische Essenslieferant:innen für sechs Euro pro Stunde. In den vergangenen Jahren starben in Österreichs Wäldern mehr als ein Dutzend rumänische Forstarbeiter und indische Reinigungskräfte beklagen sexuelle Übergriffe, während sie ohne Papiere die Wohnungen von Diplomat:innen und Professor:innen putzen. Die Betroffenen eint, dass sie für das Funktionieren der österreichischen Gesellschaft unverzichtbar sind – und dafür Unmenschliches erfahren. Sie haben keine Lobby, ihre Stimmen sind marginalisiert. In den vergangenen Jahren konnte der Autor mit Dutzenden von ihnen sprechen und nachzeichnen, wie Unternehmen in Österreich mit der Ausbeutung von Migrant:innen Profit machen – und wir alle dafür bezahlen.

**Buch**

Mit einer Jobgarantie zum Recht auf gute Arbeit

Ansätze fortschrittlicher Arbeitsmarktpolitik in Österreich

**Clara Moder, Hannah Quinz, Dennis Tamesberger, Simon Theurl,
Daniel Witzani-Haim (Hg.)**

ÖGB Verlag | 2024 | 200 Seiten | EUR 19,90
ISBN 978-3-99046-693-3

In jüngster Zeit wird der Idee einer öffentlichen Jobgarantie national und international viel Aufmerksamkeit geschenkt. Das Konzept ist bestechend einfach: Um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, soll der Staat dort, wo der Markt versagt, gute Arbeitsplätze für alle schaffen, die Arbeit suchen. Die hier skizzierte Idee einer Jobgarantie würde maßgeblich dazu beitragen, das Recht auf gute Arbeit zu verwirklichen, und dort ansetzen, wo die herkömmliche Arbeitsmarktpolitik aktuell an ihre Grenzen stößt: insbesondere bei der nachhaltigen Prävention von Langzeitarbeitslosigkeit. Dabei wird ein grundlegender Perspektivenwechsel in der Beurteilung der Ursachen von Arbeitslosigkeit vorgenommen: Nicht das Individuum wird dafür verantwortlich gemacht, keine Arbeit zu finden, stattdessen liegt die Verantwortung beim Staat, ausreichend (gute) Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

Wirtschaft & Umwelt

Zeitschrift für
Umweltpolitik und
Nachhaltigkeit
www.ak-umwelt.at

Euro 1,80

Extremereignis Wetter

Unser Leben wird zunehmend von Wetterextremen bestimmt. Hitzewellen und Starkregen wechseln einander ab, auf Dürren folgen Überschwemmungen. Eine weitere katastrophale Zuspitzung kann nur verhindert werden durch einen planenden, sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft.

Tesla-Werk in Grünheide – Kampf gegen autoritäres Management SEITE 22
Fahrgastrechte – Die Tücken des Ticketings SEITE 24
Zukunftsweg für alle? – Die Burgenland-Methode SEITE 26
LKW Geschwindigkeit – Den Brummis das Rasen abgewöhnen SEITE 30



www.arbeiterkammer.at

Schwerpunkt Ausgabe 2 | 2024

Extremereignis Wetter

Die Wetterextreme häufen sich. Diese Entwicklung war nicht „unvorhersehbar wie das Wetter“, denn die Klimawissenschaft warnt seit langem vor einer Zunahme von Extremereignissen. Noch kann ein lebensfeindliches Klima auf diesem Planeten verhindert werden. Ohne eine planende Änderung der Wirtschaft wird das aber nicht gelingen. Die Arbeiterkammer Wien hat einen Plan für den sozialen und ökologischen Umbau ausgearbeitet, der in der neuen Ausgabe der Wirtschaft und Umwelt vorgestellt wird.

Scannen und
online lesen oder
bestellen unter:

wirtschaft.umwelt@
akwien.at



Außerdem

Tesla-Werk in Grünheide: Kampf gegen autoritäres Management

Fahrgastrechte: Die Tücken des Ticketings

Zukunftsweg für alle? Die Burgenland-Methode

Lkw-Geschwindigkeit: Den Brummis das Rasen abgewöhnen

Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträger:in:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
die neue bzw. richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort

AW